



GEMEINDE BIRSFELDEN

WORTPROTOKOLL DER GEMEINDEVERSAMMLUNG VOM 15. Dezember 2014

Begrüssung durch Herrn Christof Hiltmann, Gemeindepräsident

Geschätzte Birsfelderinnen, geschätzte Birsfelder, liebe Gäste auf der Tribüne und Medienvertreter auf der Tribüne. Heute stimmts, wenn wir Tribüne sagen. Herzlich willkommen zur letzten Gemeindeversammlung vom 2014. Die findet jetzt, nicht gerade entsprechend der Adventsstimmung, in einer eher kühleren Umgebung statt, aber wir hatten das Gefühl, das heute die Wichtigkeit und der Umfang der Geschäfte es rechtfertigen, dass wir hierhin umziehen. Für die Umstände bitten wir um Verständnis. Wir hoffen aber natürlich, dass uns diese Umgebung inspiriert, nicht nur uns hier oben, auch Sie da im Publikum durch die Hauptnutzer dieser Halle, die zwei Nationalligaclubs von unserer Gemeinde, dem TV Birsfelden mit den Starwings, die ja professionell und auch sehr effizient und effektiv arbeiten. Von dem her hoffen wir natürlich, dass etwas von ihren Leistungen auf uns heute Abend abfällt. Wenn Sie Probleme haben bezüglich Akustik, wir haben da einiges getestet. Wir durften heute auch schon mal eine Trockenübung in Form von einer Gemeindeversammlung machen; vor nicht allzu langer Zeit. Wenn Sie aber Probleme haben es akustisch zu verstehen, wenn Sie Probleme mit der Raumtemperatur haben, können Sie es melden. Wir können nicht garantieren, dass wir alle Beanstandungen beheben können aber wir würden es zumindest versuchen. Insbesondere in Bezug auf die Präsentationen würde es sich natürlich anbieten, wenn Sie möglichst nach vorne sitzen würden. Ich weiss, dass die Birsfelderinnen und Birsfelder sehr gut sehen, aber für den Fall, dass es nicht so gut leserlich ist was wir da vorne zeigen, gäbe es also noch die Möglichkeit, hier vorne die Ränge aufzufüllen. Bitte nutzen Sie die Gelegenheit und kommen Sie doch nach vorne, wenn es nicht anders geht. In diesem Sinn würde ich jetzt die heutige Gemeindeversammlung eröffnen.

Eröffnung der Gemeindeversammlung (Christof Hiltmann, Gemeindepräsident)

Ich stelle fest, dass die Einladungen rechtzeitig verschickt wurden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir auf schriftliche Abstimmungen vorbereitet sind. Wir haben Mitglieder vom Wahlbüro mit Material da. Also alles generalstabsmässig vorbereitet und geplant. Sollte es zu einer schriftlichen Abstimmung kommen, wären wir vorbereitet. Es sind heute anwesend, gemäss letzter Information der Gemeindepolizei, 307 Stimmberechtigte. Entschuldigen lassen sich Herr Lutz, Herr Donati und Frau Jaun von der Gemeindegemission und Herr Gasser.

Als Stimmzähler konnten wir auch professionelle Unterstützung anfordern in Form von den Mitgliedern des Wahlbüros. Das wären für den ersten Block da auf der Vorderseite zu meiner Rechten Herr Schilirò, bitte rasch aufstehen. Dann hinten, der hintere Teil von diesem Block Frau Blatter. Dann auf dieser Seite, der vordere Block, wären es Frau Bürki und Frau Villani dann für den hinteren Teil. Herzlichen Dank diesen Mitgliedern vom Wahlbüro für Ihre Unterstützung. Ich möchte wie immer daran erinnern, dass Sie, wenn Sie sich zu Wort melden, bitte ans Mikrofon kommen und Ihren Namen nennen; das ist für die Protokollierung. Wir haben überall Mikrofone aufgestellt, dass auch der Weg zu den Mikrofonen jeweils kurz ist und Sie nicht allzu lange Wege in Kauf nehmen müssen.

Ich wäre hiermit schon beim Traktandum 1, möchte aber vorher, vielleicht auch noch zur Information oder ich sage jetzt mal im Sinn von einem Anliegen festhalten, dass wir gerne heute die Gemeindeversammlung abschliessen möchten, dass wir die Geschäfte heute behandeln würden. Ich glaube, es wäre sicher auch in Ihrem Interesse, dass wir da nicht in eine Verlängerung gehen müssten. Ich werde mir also erlauben, wenn es von den Wortmeldungen her nicht mehr viel Neues gibt, im Verlauf von diesen Wortmeldungen oder wenn sich einzelne Rednerinnen oder Redner extrem lange Zeit lassen würden darauf hinzuweisen, dass wir doch heute vorhaben, die ganze Gemeindeversammlung mit allen Geschäften zu erledigen. Ich danke für Ihr Verständnis.

1. Wortprotokoll der Gemeindeversammlung vom 29. September 2014

Gut, dann wären wir jetzt wirklich beim Traktandum 1, beim Wortprotokoll der letzten Gemeindeversammlung.

Das ist das zweitletzte Wortprotokoll über das wir befinden. Es gibt noch ein Wortprotokoll vom heutigen Anlass und dann wird es ja, gemäss dem Beschluss vom letzten Juni, ablaufen.

Wir haben zu diesem Tonprotokoll vielleicht noch eine Zusatzinformation. In einer der letzten Gemeindeversammlungen kam die Frage auf, wie wir sicherstellen, dass wir für die archivierten Unterlagen auf der Verwaltung sowohl physisch wie auch elektronisch für die Sicherheit garantieren und wie wir die Archivierung managen können. Da hatten wir mittlerweile Experten bei uns im Haus und ich übergebe da rasch Herrn Martin Schürmann das Wort. Er wird kurz informieren wie da der Stand der Dinge und die Situation in Birsfelden ist.

Martin Schürmann, Gemeindeverwalter:

Danke schön. Ganz kurz möchte ich das zusammenfassen. Wir haben das, wie gesagt, mit einem Experten vom Staatsarchiv Baselland angeschaut. Es ist eigentlich ganz einfach, es waren drei Empfehlungen, die er uns abgegeben hat.

- Die erste Empfehlung betrifft die Raumtemperatur und Feuchtigkeit, dass wir das regelmässig messen und auch entsprechend dokumentieren; dass wir dort Ausreisser feststellen könnten. Einfach um ein optimales Raumklima sicherzustellen.
- Dass wir als Zweites ein Schlüsselkonzept aufstellen. Da sind wir bereits dran und die beiden Massnahmen werden bis Ende Jahr umgesetzt sein.
- Die dritte Massnahme oder die dritte Empfehlung betraf die Art und Weise von der Archivierung der Tonaufnahme, die ja immer noch die Grundlage sein wird für die ganze Protokollierung. Dort hat er uns eine digitale Archivierung empfohlen, was wir selbstverständlich auch machen werden; und noch das entsprechende Speicherformat.

Also ganz kurz, ich denke, wir haben da einen ausführlichen Bericht erhalten und kurz zusammengefasst ein gutes Zeugnis ausgestellt bekommen.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Danke, wir werden aber noch im grösseren Umfang informieren, wie der Stand der Dinge ist. Gut, jetzt zurück zum eigentlichen Wortprotokoll der letzten Gemeindeversammlung. Gibt es zu diesem Wortprotokoll Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann wären wir bei der Abstimmung. Wer das Wortprotokoll der Gemeindeversammlung vom 29. September 2014 genehmigen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben das Wortprotokoll mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen. Besten Dank.

Dann wären wir bei der Geschäftsordnung. Gibt es Änderungsanträge zur Traktandenliste von heute Abend? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir entsprechend dieser Traktandenliste verfahren, wenn das genehm ist. Das scheint der Fall, besten Dank.

2. Aufhebung Reglement „kommunale Beihilfe“

Dann wären wir beim Traktandum 2, Aufhebung Reglement „kommunale Beihilfe“. Zu diesem Traktandum wird Ihnen die Gemeinderätin Brigitte Schafroth Erläuterungen abgeben.

Brigitte Schafroth, Gemeinderätin:

Auch ich begrüsse Sie recht herzlich sehr geehrte Anwesende. Die kommunalen Beihilfen, die Grundlagen dazu, was ist das? Wir haben Mitbewohner in unserer Gemeinde die von einer AHV-Rente, von einer IV-Rente leben, wo der Lebensbedarf nicht reicht und die beziehen Ergänzungsleistungen. Die kommunale Beihilfe haben wir seit Jahren in Birsfelden ausgerichtet und ist an die Leute gerichtet, die eine Ergänzungsleistung beziehen. Das heisst, die bekommen einen jährlichen Beitrag von CHF 336.--, einmal jährlich. Das ist ein Betrag von rund CHF 160'000.--. Die kommunalen Beihilfen sind freiwillig, die sind nicht gesetzlich vorgeschrieben und das ist auch der Grund, wieso wir Ihnen das überhaupt zum Aufheben vorlegen können. Warum kommen wir darauf? Erstens sind wir der Meinung, dass wir unsere sozialen Netze mit Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe so gut ausgerichtet haben, dass jeder an unserem Leben, an unserem gesellschaftlichen Leben, teilnehmen kann. Dann kommt dazu, dass unsere finanzielle Lage in der Gemeinde sehr schlecht ist. Als Drittes schlussendlich, mussten wir feststellen, dass unsere umliegenden Gemeinden keine solchen Beihilfen mehr ausrichten. Das heisst, man kennt noch etwas Ähnliches in Allschwil, dort nennt man das Winterhilfe. Häufige Irrtümer sind in diesem Zusammenhang, dass man meint, man könne die Leute vor einer bedrohenden Abhängigkeit von der Sozialhilfe schützen. Dem ist nicht so. Der Betrag ist zu klein, als dass wir das verhindern könnten, dass jemand trotzdem Sozialhilfeleistungen beziehen muss. Es hat nichts damit zu tun. Eine kommunale Beihilfe entspricht auch nicht einem Weihnachtsgeld. Es ist wirklich ein freiwilliger Beitrag, den wir den Leuten leisten. Wir machen ein sogenanntes Weihnachtsgeld und das ist bei den Sozialhilfebezügern, aber dieser Betrag ist wesentlich kleiner; der ist dann bei CHF 100.--. Wir beantragen aus diesen Gründen, dass wir das Reglement über die kommunalen Beihilfen abändern und die Beihilfe aufheben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. Ich würde das Wort der Gemeindekommission für ihren Kommentar übergeben.

Lukas Märki, Gemeindekommission:

Geschätzte Anwesende, guten Abend miteinander. Wir kommen bereits beim zweiten Traktandum zu einem sehr heiklen Punkt heute Abend. Das zeigt sich auch dadurch, dass heute zwei Mitglieder von der Gemeindekommission zu Ihnen reden werden, da vor zwei Wochen an der Gemeindekommissions-Sitzung keine Einigung erzielt wurde. Von 14 anwesenden Mitgliedern haben sich nämlich 7 dazu entschlossen, dem Antrag vom Gemeinderat zu folgen. Auch 7 Mitglieder von der Gemeindekommission haben sich entschlossen, sich weiterhin für die Auszahlung dieser kommunalen Beihilfe zu entscheiden. Ich würde Ihnen gerne die Argumente für den weiteren Erhalt von dieser kommunalen Beihilfe liefern und Herr Werner Lüthi wird im Anschluss die Argumente aus seiner Sicht schildern, wieso man auf die kommunale Beihilfe verzichten könnte. Ich möchte keineswegs nicht sparen, aber nur weil der Gemeinderat ein Sparpaket verabschiedet hat, mit Opfersymmetrie, heisst das noch lange nicht, dass es gut ist. Ich finde, das ist der falsche Ort zum sparen. Das Argument, dass Birsfelden die einzige Gemeinde sei, oder fast die einzige Gemeinde im Bezirk Arlesheim,

die die kommunale Beihilfe noch auszahlt, ist meiner Meinung nach ein sehr willkürliches Argument. Es ist kein Argument für eine spezifische Sache. Das Argument könnte für jeden Sachverhalt angewendet werden, wo sich die Mehrheit im Recht sieht. Es ist ein Argument von der Mehrheit und nicht ein Argument der Vernunft. Es ist eine verzweifelte Art Argumente zu finden für diese Sache und es wirkt meiner Meinung nach auch wenig überzeugend. Ich dreh den Spiess an dieser Stelle um und sage Birsfelden ist ein gutes Beispiel für die restlichen Gemeinden im Bezirk Arlesheim; dass wir trotz finanzieller Notlage die kommunale Beihilfe noch weiterhin auszahlen können.

Die Argumente, die für mich gegen eine Abschaffung von dieser kommunalen Beihilfe sprechen, sind folgende: Es ist ein heikles Thema, aber nennen wir es beim Namen, das da ist sparen auf dem Buckel der Ärmsten. Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, bewegen sich bereits am Existenzminimum. Die kommunale Beihilfe kann an dieser Stelle einen Beitrag leisten, um die Lebensqualität ein wenig zu steigern. Wer das für sich verantworten kann, kann dem Antrag des Gemeinderates folgen, ich kann das nicht verantworten. Ausserdem, wenn wir da sparen, dann unterstützen wir eine Entwicklung, die vor allem auch in der Schweiz sehr gut sichtbar ist. Die Einkommensschere in unserem Land nimmt massiv zu. Nennen wir es auch da beim Namen, die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer wie ärmer. Wir empören uns über Lohnexzesse und horrenden Boni und im gleichen Atemzug wollen wir Geld streichen für Menschen, die es wirklich nötig hätten. Genau mit solchen kleinen Entscheiden unterstützen wir so grosse Entwicklungen. Darum bin ich für ein klares Nein und ich hoffe, Sie folgen mir und der Hälfte der Gemeindekommission. Dankeschön. (Applaus)

Werner Lüthi, Gemeindekommission:

Verehrte Damen, ich muss die andere Gruppe vertreten, wir haben eine Patt-Situation gehabt, sieben gegen sieben. Ich möchte die Argumente die dagegen sprechen, dass man diese Hilfe, bzw. diesen Beitrag weiterzahlt darlegen. Das eine Argument ist, es sind nicht die Ärmsten von Birsfelden, es ist eine Gruppe von den Armen. Das sollte man ganz klar sehen, das ist es nicht. Es ist nicht eine alleinerziehende Frau, z.B., es sind die AHV-Bezüger, IV-Bezüger die zusätzlich Ergänzungsleistungen haben. Das ist mal der Punkt Eins. Das Zweite ist, wenn wir CHF 160'000.-- heute bestimmen, dass wir das weiter ausgeben, dann muss die Gemeinde für CHF 160'000.-- neu Geld aufnehmen. Es ist nicht so, das Geld haben wir ja gar nicht, oder, dass das auch klar ist. Wir haben das Geld nicht, das Geld müssen wir bei der Bank holen und dann geben wir Geld aus, das uns nicht gehört. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Wenn wir das wollen, dann können wir heute Ja stimmen und Nein, wenn wir das nicht wollen. Wer zahlt das zurück? Das zahlen wahrscheinlich nicht die Leute, die hier sind zurück, das zahlt die nächste Generation zurück. Wenn es jetzt 20 Jahre gehen würde, das einfach weitergeht dann zahlen wir CHF 3,2 Mio., dann werden neue Schulden aufgehäuft, die wir dann zurückzahlen müssen. Wenn wir das wollen, dann müssen wir Ja stimmen, wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir Nein stimmen. Dankeschön. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. Das war für einmal ein wenig eine unübliche Darlegung der Gemeindekommission, weil sie eben eine Patt-Situation hatten und darum zu zweit jetzt da Stellung bezogen haben. Wir werden das dann in einer anderen Form von Seiten des Gemeinderates auch noch mal haben heute Abend. Ich frage Sie, ob das Eintreten bestritten wird? Das ist nicht der Fall. Dann wäre die Diskussion eröffnet, wem darf ich das Wort übergeben? Ja, bitte sehr.

Sven Frey:

Guten Abend meine Damen und Herren. Ich erlaube mir einen ganz kurzen Exkurs. Stellen Sie sich eine Familienunternehmung vor. Wirtschaftskrise, die Aufträge gehen zurück, die Ansprüche der Familie steigen. Überspitzt gesagt, die Frau einen Malkurs, die Tochter einen Tanzkurs, der Sohn Tenniskurs und der Vater Konkurs. Ganz so schlimm ist es nicht, der Buchhalter sagt, wir schreiben rote Zahlen. Was heisst das,

rote Zahlen schreiben? Herr und Frau Hablützel gehen zur Budgetberatungsstelle und lassen sich dort beraten. Bald ist es ganz klar, der Betrieb muss sparen. Rote Zahlen heisst, man muss sparen. Der Betrieb Hablützel spart, indem er zuerst Personal reduzieren muss, indem dass Frau Hablützel einen Zweitverdienst suchen muss, indem dass er billigere Lokalitäten suchen muss und indem, dass man alle Bedürfnisse, die speziellen Bedürfnisse, auch wenn es weh tut, streicht. Umgemünzt auf die Gemeinde Birsfelden bedeutet das, dass wir die Anstrengungen des Gemeinderates unterstützen sollten. Machen wir das nicht, ich schliesse mich Werner Lüthi an, machen wir das nicht, dann stocken wir unsere Schulden auf. Wenn Sie den Finanzplan gelesen haben, dann geht der Finanzplan unter den gegebenen Umständen davon aus, dass wir bis im Jahr 2019 CHF 32 Mio., ich wiederhole CHF 32 Mio. Schulden haben. Das sind CHF 32 Mio., die entweder wir oder die nächste Generation zurückzahlen muss. Das sind CHF 32 Mio., die jedes Jahr CHF 750'000.-- Schuldzinsen generieren. Das Geld muss auch zuerst verdient sein. Ich bezweifle, ob wir, die wir da alle anwesend sind, so viel Steuern bezahlen, dass es nur reicht, um Schuldzinsen zu zahlen. Ich unterstütze vollumfänglich die Sparbemühungen des Gemeinderates, bedaure einfach und das eine Wort ist schon gefallen, die Opfersymmetrie. Ich bedaure einfach, dass der Gemeinderat bei einem späteren Traktandum nicht ganz konsequent ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich melde mich nachher, wenn es dann um's Budget, um Investitionen geht, nochmal. Weil, Finanzen sanieren basiert auf drei Pfeilern. Der erste Pfeiler ist sparen, der zweite Pfeiler ist ganz genau zu überlegen, welche Investitionen will ich tätigen und was bringen die, und der dritte Pfeiler ist Einkommen generieren. Das ist genau das, was der Gemeinderat macht. Er hat den Masterplan. Der Gemeinderat musste nicht zur Budgetberatungsstelle, der Gemeinderat ist zusammengesessen, hatte vier Sitzungen und hat den Massnahmenkatalog entworfen. Das ist etwas wert. Ich habe geschlossen. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann wären wir bei der Schlussabstimmung. Der Gemeinderat beantragt Ihnen zu beschliessen „das Reglement über die kommunale Beihilfe an Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen in der Gemeinde Birsfelden vom 11. Dezember 1995 mit Änderung vom 18. Juni 2012 wird per 31.12.2014 ersatzlos aufgehoben.“ Wer diesem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Antrag mit einem Mehr und doch einer grossen Anzahl Gegenstimmen und ein paar Enthaltungen zugestimmt.

Besten Dank.

3. Teilrevision Gemeindeordnung

Dann wären wir beim Traktandum 3, Teilrevision Gemeindeordnung.

Im Rahmen vom Prozess zur Ausarbeitung von dem Sanierungsprogramm, das wir Ihnen schon vorgestellt haben im Juni dieses Jahres hat sich der Gemeinderat auch die Überlegung gemacht, wie kann er bei den Behörden sparen; und insbesondere natürlich bei sich selber, als grösster Kostentreiber innerhalb der Behördenlandschaft. Es gibt eigentlich in dem Sinn nur zwei Möglichkeiten, wenn man dort sparen will, entweder man reduziert die Anzahl Mitglieder oder man reduziert die Bezüge von den Gemeinderatsmitgliedern. Wir haben die Vor- und Nachteile von diesen beiden Varianten länger diskutiert und kamen dann relativ rasch zum Schluss, dass die Reduktion von den Bezügen im heutigen Umfeld ein zu grosser Attraktivitätsverlust bedeuten würde für das Amt als Gemeinderat. So dass eigentlich nur noch die Variante Reduktion der Anzahl Gemeinderäte und Gemeinderätinnen in Frage kommt. Im Vorfeld vom Juni 2014, wo wir Ihnen das Programm vorgestellt haben, hat sich der Gemeinderat im Sinn von einer Abstimmung dafür ausgesprochen, dass wir Ihnen diesen Vorschlag zur Vernehmlassung übergeben. Wir müssen ja da eine Gemeindeordnung

anpassen wenn wir das machen würden, und entsprechend ist da auch eine Vernehmlassung notwendig. Die Vernehmlassung wurde während des Sommers durchgeführt und wir haben sehr viele Rückmeldungen erhalten. Da auch von unserer Seite her, recht herzlichen Dank für diese Mitwirkung.

Die Rückmeldungen sind, man kann es sagen, zur Hälfte unterstützend zur Hälfte ablehnend gewesen. Mit den Argumenten, die Ihnen da in den Erläuterungen zur heutigen Gemeindeversammlung auch dargelegt wurden. Im Anschluss an diese Vernehmlassung sass der Gemeinderat wieder zusammen und hat aufgrund von diesen Rückmeldungen nochmal über diesen Vorschlag befunden. Im Rahmen von dieser Überarbeitung oder Wiederüberarbeitung von diesem Thema kam er dann mehrheitlich zum Schluss, dass die Nachteile von so einer Reduktion überwiegen würden. Entsprechend sind wir vor dieser etwas seltsamen Situation gestanden, dass wir eigentlich der Bevölkerung etwas vorschlagen, etwas in die Vernehmlassung geben und dann am Schluss als Behörde, die den Antrag im Rahmen einer Gemeindeversammlung stellen muss, den Antrag negativ formulieren, im Sinn von, dass wir die Reduktion der Anzahl Mitglieder im Gemeinderat ablehnen würden. Die Möglichkeit wäre auch bestanden, dass wir das Geschäft gar nicht gebracht hätten, aber wir sind der Meinung, es ist ein Thema, bei dem insbesondere auch Sie als Stimmberechtigte und die Bevölkerung von Birsfelden mitreden sollen. Wir als Direktbetroffene fühlen uns da natürlich naheliegenderweise ein wenig befangen, obwohl wir das natürlich sehr neutral diskutiert haben. Ich denke, es gebietet, dass wenn wir eine Vorlage in die Vernehmlassung geben, Sie sehr aktiv mitwirken, dass diese Vorlage dann auch zur Abstimmung gelangt und dass alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Birsfelden die Argumentationen nachvollziehen können von beiden Seiten und dort ihre eigene Meinung abgeben. Darum sind wir dabei geblieben, dass wir das Geschäft bringen wollen, weil, ich sage es nochmal, es ist eine Möglichkeit zum Geld sparen. Der Gemeinderat, und das darf ich da in Absprache mit meinen Kolleginnen und Kollegen sagen, war in dieser Angelegenheit sehr gespalten, ähnlich wie die Gemeindekommission im vorderen Geschäft. Entsprechend haben wir entschieden, dass wir hier eigentlich zwei Haltungen kundtun wollen.

Kurz und knapp haben wir uns selber auferlegt, dass wir zwei Haltungen repräsentieren, einmal für den Antrag vom Gemeinderat, das würde bedeuten, dass wir sieben Gemeinderäte und Gemeinderätinnen belassen würden. Und jemanden der gegen den Antrag vom Gemeinderat votiert. Und diese Funktion, die würde heute Abend ich übernehmen, für die Position dem Gemeinderat nicht zu folgen. Ist ein wenig eine spezielle Situation. Also das heisst, die Gemeinderäte von 7 auf 5 zu reduzieren und Regula Meschberger, sie würde für eine Beibehaltung von diesen 7 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte plädieren. Wir haben es vorhin angesprochen, Regula Meschberger sagte ich solle anfangen und das mache ich hiermit gerne.

Ich kann es wirklich sehr kurz machen. Ohne die wirtschaftliche Not wäre das Thema, glaube ich, kaum auf unserer Traktandenliste gelandet. Weil, es gibt keinen, ich sage jetzt, dringenden Grund, an dieser Anzahl etwas zu ändern. Regula wird nachher sicher auf die Vorzüge eingehen, die so eine Zahl 7 bedeutet. Was meiner Meinung nach aber genauso wichtig ist, ist dass wir vorleben, was wir von unserer Organisation verlangen. Nämlich, dass wir schlank sind, effizient und jeder ein wenig etwas an die Sanierung von diesem Gemeindehaushalt leisten muss. Ich glaube, wir können nicht mit gutem Beispiel vorangehen und sagen, ja, wir schaffen es nicht effizienter zu werden als heute, entsprechend können wir bei uns nicht weniger Personen arrangieren; von dem her wollen wir alles beim Alten behalten. Das ist meine Meinung, auch wir als Gemeinderat sind in der Pflicht, aus wirtschaftlichen Gründen primär. Ich bin aber auch der Überzeugung, dass wir es schaffen würden, mit 5 Gemeinderatsmitgliedern zu überleben. Das zeigen auch andere Gemeinden, allerdings die meisten ein wenig kleiner als wir, aber es gibt andere Gemeinden, die über 5 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verfügen. Ich denke, es würde einfach der Flexibilität von den Gemeinderäten bedürfen.

Wir haben das Departementalsystem, wir können Aufgaben zuteilen, wir können Departemente zuteilen, es gibt Departemente, die sind sehr arbeitsintensiv, es gibt Departemente die sind ein wenig weniger arbeitsintensiv. Ich denke, wir hätten die Mög-

lichkeit, wenn dieser Entscheid käme, dass wir die strategische Leitung von dieser Gemeinde sicherstellen könnten. Das heisst also, wenn Sie uns, resp. der politischen Gemeinde Birsfelden, diesen Auftrag geben, wird der umsetzbar sein. Die Befürchtung müssen Sie nicht haben, dass da etwas verloren geht. Aber ich übergebe natürlich jetzt gerne Regula das Wort für die andere Seite.

Regula Meschberger, Gemeinderätin:

Dankeschön, Christof Hiltmann. Die Schwierigkeit, geschätzte Damen und Herren, von dieser Vorlage ist ja, dass sie als Sparvorlage kommt. Aber im Grundsatz geht es um eine eminent politische Frage. Die Reduktion von 7 auf 5, das tönt ja gut, wir können CHF 50'000.-- einsparen, aber was heisst das konkret? Wenn ich sehe heute, wir sind Miliz-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das heisst, wir haben alle noch einen Beruf nebedran. Wenn ich sehe, was das an Arbeitsaufwand bedeutet, es als Gemeinderat seriös und in guter Qualität zu machen, dann muss man diese Zeit dafür aufbringen können. Es geht auch nicht um die Befangenheit, das möchte ich betonen, wir alle sind nicht auf Ewigkeit gewählt, irgendwann mal werden wir nicht mehr antreten oder auch nicht mehr gewählt werden. Es geht um eine Grundsatzfrage, ist die Arbeit in einer Milizexekutive heute noch leistbar so. Wenn wir auf 5 reduzieren, dann verändert sich die Arbeit von jedem einzelnen Mitglied selbstverständlich, sie nimmt zu. Die Schwierigkeit, die wir heute haben, wenn man schaut, sind wenig jüngere Leute die in einer Gemeindeexekutive Platz nehmen oder die sich wählen lassen. Vor allem der Teil, den wir eigentlich gerne vertreten hätten, nämlich der grosse Teil von unserer Gesellschaft, der im Alter zwischen 30 und 45 Jahren ist. Dieser Teil, diese Männer und Frauen, die haben Schwierigkeiten sich für ein solches Amt zu entscheiden. Warum? In diesem Alter macht man beruflich Karriere, in diesem Alter gründet man eine Familie und dann kommt noch die Politik. Das alles seriös nebeneinander vorbeizubringen ist nicht ganz einfach.

Das ist der Grund, warum immer weniger Leute bereit sind, sich für ein solches Amt zur Verfügung zu stellen. Letztendlich kann es ja nicht sein, dass die Gemeinderäte zusammengesetzt werden aus Personen im AHV-Alter und aus ganz jungen, die sich die Zeit eben noch nehmen können. Also wenn wir uns die Frage seriös überlegen, dann müssen wir sorgfältig überlegen, was wir machen. Das ist das Eine. Es ist natürlich auch etwas anderes möglich, nämlich, dass sich strategische Entscheide plötzlich anfangen auf die operative Ebene zu verlagern, weil eben nicht mehr alles leistbar ist von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Das heisst, es gibt eine Verschiebung in die Verwaltung, operativ ist die Verwaltung, und irgendeinmal ist das dort auch nicht mehr leistbar, d.h. man muss dann dort eine Stelle mehr schaffen. Und eine Stelle auf der Verwaltung kostet einiges mehr als CHF 50'000.-- im Jahr. Also, wenn wir an die Zukunft denken, nur noch als Beispiel, es gibt heute Gemeinden in andern Kantonen, die das Gemeinderatsamt oder Gemeindepräsidiumsamt ausschreiben per Inserat, weil sie keine Leute mehr finden. Das kann ja eigentlich nicht der Sinn und Zweck von so einem Amt sein. Wichtig ist uns, dass die Leute gewählt werden aufgrund von ihrer Haltung, von ihrer politischen Gesinnung und darum ist es uns ganz, ganz wesentlich, dass wir die Gemeinderatsarbeit so aufteilen, dass sie leistbar ist, also auf 7 Mitglieder. Abgesehen davon, bei 5 Mitgliedern wird es auch immer schwieriger, vor allem auch für kleinere Parteien, überhaupt noch einen Sitz im Gemeinderat zu gewinnen. Also letztendlich ist es eine Sparvorlage die sich selber in den Schwanz beisst, weil die Folgen werden teurer sein. Ich bitte Sie darum im Namen von einer kleinen Mehrheit vom Gemeinderat, diesem Antrag zu folgen so wie er ist. Das heisst nämlich, eben die Änderung nicht zu vollziehen.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, besten Dank Regula. Ich hoffe, wir konnten Ihnen mit diesen kontroversen Erläuterungen seitens Gemeinderat in Ihrer Entscheidungsfindung helfen. Ich frage Sie, ob das Eintreten bestritten wird. Entschuldigung, wir haben so viel geredet seitens Gemeinderat, dass wir die Gemeindekommission vergessen haben. Ich übergebe der Gemeindekommission das Wort.

Rita Rufener, Gemeindegemission:

Guten Abend miteinander. Ein Teil von den Gemeindegemissionsmitgliedern war irritiert, auch enttäuscht, dass der Gemeinderat zuerst einen Vorschlag bringt in den eigenen Reihen zu sparen und den Gemeinderat zu verkleinern von 7 auf 5 Personen und jetzt aber doch seinen eigenen Vorschlag wieder ablehnt. Andererseits haben dann aber auch die Einsparungsargumente nicht so ganz überzeugt. So wird befürchtet, dass z.B. bei einer Reduktion die Qualität von der Arbeit leiden wird, dass der Mehraufwand für 5 Personen eben doch erheblich ist und dass es dadurch schwierig sein wird Kandidaten und Kandidatinnen zu finden; und dass sich der Mehraufwand und damit eben auch die Kosten in die Verwaltung verschieben könnten oder nach Extern. Damit ist natürlich dann auch nicht gespart. Dann noch beim Mehraufwand, beim gleichbleibenden Honorar ist das ja dann auch eine versteckte eigentlich Entschädigungskürzung; also in Bezug auf die Zeit, die man ja aufwendet. Jetzt kürze ich das Ganze ein wenig ab, weil Sie viele Argumente schon gehört haben. Auf jeden Fall, obwohl die Gemeindegemission den ursprünglichen Sparvorschlag eigentlich sehr begrüsst hat, haben wir dann doch ein wenig die Reduktion als nicht ganz die richtige Massnahme erachtet und so haben wir mit 8 Ja-Stimmen gegenüber 6 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung, dem Antrag vom Gemeinderat zugestimmt. Das heisst jetzt, dass die Anzahl von den Gemeinderatsmitgliedern bei 7 bleiben soll.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. So, jetzt wären wir beim Eintreten. Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann wäre die Diskussion eröffnet. Wem darf ich das Wort übergeben? Ja, bitte sehr.

Samuel Bänziger:

Guten Abend miteinander. Wir von der SVP sind ja nicht oft gleicher Meinung wie du Regula, aber dieses Mal sind wir es. Auch die SVP lehnt die Reduktion von 7 auf 5 Gemeinderäte ab. Aus unserer Sicht soll der Gemeinderat möglichst eine grosse Bevölkerungsschicht abbilden und das ist mit 5 aus unserer Sicht fraglich. Zudem sind wir uns auch nicht wirklich darüber im Klaren, ob wirklich dann eingespart werden wird, wie Regula ausgeführt hat, dass nachher nicht die ganzen Entscheidungen und auch das Ausarbeiten von den Vorlagen immer wie mehr auf die operative Ebene zu den Abteilungsleitern runterfällt. Wieder ein Punkt ist, ich finde die Vorlage vom Gemeinderat ehrlich gesagt ein wenig mangelhaft. Wir wissen zwar was der Gemeinderat verdient, aber wir wissen nicht, was sein Zeitaufwand ist. Das fehlt mir in diesem Sinn, ich habe keine Ahnung, wie viel ein Gemeinderat wirklich für seine Arbeit braucht, braucht er 20%, braucht er 30%, braucht er 40%. Wie sieht das aus, wenn es von 7 auf 5 runtergeht. Diese Info fehlt mir hier. Von dem her möchte ich Ihnen empfehlen, die Vorlage so wie der Gemeinderat es empfiehlt abzulehnen; also dass es von 7 auf 5 runtergeht.

Gleichzeitig möchte ich aber einen anderen Antrag stellen. Ich stelle den Antrag, dass der Gemeinderat eine Vorlage ausarbeiten soll, wie er CHF 50'000.-- bei seinem Lohn einsparen will.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut. Ich versuche, den Auftrag nochmal so zu wiederholen. Also der Antrag wäre, dass der Gemeinderat eine Vorlage ausarbeitet und darlegt, wie er bei sich gedenkt CHF 50'000.-- einzusparen. Jetzt ohne die Reduktion der Anzahl Köpfe. Das wäre ein Antrag wie ein normaler Gemeindeversammlungsantrag, d.h., wir würden über diesen in einer der nächsten Gemeindeversammlungen befinden. Ist das gut so? Wir kommen am Schluss nochmal darauf zurück. Jetzt für dieses Geschäft gibt es keine Abstimmung zu dem Antrag, weil das eine andere Thematik ist. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, bitte.

John Heldner:

Christof, ich bin da nicht ganz einverstanden. Wir machen einen Antrag zu Eurem Antrag und der betrifft diesen Antrag. Das ist so, habe ich nachgelesen im Gemeindege-

setz, extra. Und zwar, Sie haben gesagt, Sie wollen mit Ihren 2 Stellen CHF 50'000.-- einsparen und jetzt wollen Sie gar nichts einsparen. Das heisst, das ist gar nicht machbar. Sie sagen einfach wir stimmen ab für 7 Leute, somit ist eigentlich das Ziel das erreicht werden soll und zwar Einsparungen nicht gemacht worden. Darum sage ich einfach, es ist ein Antrag zum Antrag selber, dass Sie die 7 Leute bestehen lassen. Wenn es so wäre, dass Sie dann einfach die CHF 50'000.--, die wir jetzt als Antrag machen, wo übrigens schon mal Herr Florian Dettwiler am 31. Oktober 2011 einen Antrag gemacht hat, die die sich daran erinnern können, mit einer ganz sauberen Rechnung, 20% sind das von Euren Löhnen. Wie Sie die aufteilen ist mir eigentlich egal, aber das wäre eigentlich ein Antrag von dem her, und dann kann man auch im Prinzip das Budget nehmen, dann haben wir nämlich heute CHF 50'000.-- nochmal gespart auf's Budget, wie wir's vorhin auch mit diesen CHF 160'000.-- gemacht haben.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Darf ich rasch nachfragen, solange du gerade da vorne bist? Also, der Antrag wäre ein Budgetantrag, d.h., CHF 50'000.-- bei den Behördenentschädigungen einsparen und der Gemeinderat muss einfach schauen, wie er mit dem umgehen will. Wäre das der Antrag? Jetzt muss ich schnell Rücksprache halten.

Gut, nochmal ganz kurz zu diesem Antrag. Der ist ein wenig „tricky“. Also ich glaube, wir müssen ja die Zielsetzung im Auge behalten, weil es geht ja prinzipiell um die Behörde, um die Entlohnung vom Gemeinderat, die ist im Behördenreglement festgeschrieben. Damit wir Handhabung zu einer solchen Änderung haben, müssen wir das Thema mal genau anschauen. Es könnte ja theoretisch so sein, dass wir neben unserer Entschädigung, die im Reglement drin steht, gar keine anderen Ausgaben haben. Also hätten wir gar keine Möglichkeiten, die CHF 50'000.-- einzusparen. Meines Erachtens wäre es seriös, in Form von der Ausarbeitung von diesem Antrag, wenn wir den Antrag so handhaben würden wie er ist; als normalen Antrag. So dass wir mit einem Geschäft kommen, einem Vorschlag, wie wir gedenken die CHF 50'000.-- einzusparen in Form von einem separaten Geschäft.

Die Gefahr ist, wenn wir heute jetzt generell beim Globalbudget bei den Behördenentschädigungen kürzen, dass wir dort etwas kürzen das so gar nicht umsetzbar ist, und das denke ich, wäre nicht seriös. Da haben wir die Schwierigkeit, dass wir unsere Entschädigungen, die fixen, in einem Reglement festgeschrieben haben. Das ist mit grosser überwiegender Mehrheit der Hauptteil von unserer Entschädigung, die Fix-Entschädigungen. Da können wir nicht einfach daran rütteln und darum, denke ich, wäre es besser, wenn man den Antrag als normalen Antrag bringen würde und wir würden diesen in Form von einer Sondervorlage an der nächsten Gemeindeversammlung zur Abstimmung bringen. Was denkt da die SVP darüber? Ich kann Ihnen heute nicht garantieren, dass wir überhaupt CHF 50'000.-- einsparen können und dann nicht das Behördenreglement tangiert wäre. Martin Schürmann wird mich da noch ergänzen oder korrigieren.

Martin Schürmann, Gemeindeverwalter:

Dankeschön. Eigentlich mehr ergänzen. Ich habe jetzt auch schon das Gemeindegesetz hervorgeholt Herr Heldner. Ich möchte schnell vorlesen. „Jeder bzw. jede Stimmberechtigte hat das Recht zu der in Beratung stehenden Vorlage Anträge auf inhaltliche Änderungen – und das ist das Wesentliche, inhaltliche Änderungen – auf Rückweisung bla, bla, bla oder auch für Überweisung an eine Kommission zu stellen“. Wenn wir da von der inhaltlichen Änderung reden, dann betrifft das die Gemeindeordnung, weil das steht zur Diskussion. Darum gebe ich Christof Recht, möchte das eigentlich bestärken, ja, es ist ein Antrag, aber ein normaler Antrag, selbständige Anträge vom Stimmberechtigten. Ich würde wirklich beliebt machen, dass wir diesen als solchen behandeln.

John Heldner:

Somit mache ich den Antrag, Ordnungsantrag, dass wir den ganzen Antrag zurückstellen, so wie er drin steht. Es steht drin, Paragraph 65, dass man eigentlich den ganzen Antrag mit den Wahlen zurückstellen muss; das ganze Geschäft.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, also der Antrag von Herrn Heldner wäre Rückweisung vom Traktandum 3, Teilrevision Gemeindeordnung. Wir kommen dann zur Abstimmung von diesem Antrag. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, bitte sehr.

Patrick Rüegg:

Guten Abend. Einfach der Vollständigkeit halber. Das war ein Rückweisungsantrag von John Heldner und das Gemeindegesetz sieht vor, dass über Ordnungsanträge – ein Rückweisungsantrag ist ein Ordnungsantrag – ohne weitere Beratung sofort zu entscheiden ist, also abstimmen jetzt.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Moment rasch. Gut, also bestätigt worden. Ordnungsantrag Rückweisung vom Traktandum Nr. 3. Wer diesem Rückweisungsantrag von Herrn Heldner folgen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Rückweisungsantrag mit einem grösseren Mehr abgelehnt.

Gut, wir fahren weiter in der Beratung. Da war eine Wortmeldung, ja.

Patrick Rüegg:

Merci vielmal. Bei der ganzen inhaltlichen Diskussion, ob man den Gemeinderat von 7 Mitglieder auf 5 Mitglieder reduzieren soll, müssen wir den Zusammenhang beachten, der an der Juni-Gemeindeversammlung besprochen wurde, wo nämlich informiert wurde über die Kündigungswelle. Dort informierte der Gemeinderat, dass man mehreren Mitarbeitenden in der Verwaltung und insbesondere im Werkhof die Kündigung aussprechen musste, die Ende Januar nächstes Jahr wirksam wird. In diesem Zusammenhang fiel das wunderbare Wort Opfersymmetrie und der Gemeinderat hat zu meiner Freude selber gesagt, wir bringen selber den Vorschlag um Reduktion von 7 Mitgliedern auf 5 Mitglieder. Und jetzt auf halbem Weg blieb ihm einfach die Puste weg und ich finde das sehr schwach. Das Streitgespräch oder These und Antithese, was wir heute von Herrn Hiltmann oder Frau Meschberger gehört haben, dass der Gemeinderat gespalten ist in dieser Frage, das hätte ich mir auch gewünscht, als es um die Angestellten ging. Dort hatte ich so etwas nicht gehört und dann impliziere ich für mich einfach, dass es schlichtweg durchging beim Gemeinderat, insbesondere auch bei der SP. Da mache ich mir einfach meine Gedanken und finde es sehr schade. Darum bin ich ganz klar dafür, dass 5 Mitglieder auch reichen, die Gemeinderatsitzungen kann man auch so tiptop durchziehen. Schade, ging uns die Puste aus. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, gibt es da noch eine Wortmeldung?

Werner Lüthi:

Mein Vorredner hat mir eigentlich alles vorweggenommen. Grundsätzlich kann ich nicht entscheiden, ob 5 Mitglieder oder 7 Mitglieder besser sind, das weiss wahrscheinlich hier niemand. Vielleicht sind auch 5 besser, vielleicht sind 7 besser. Was ich weiss, dass uns jetzt eigentlich 1½ Jahre lang immer erzählt wurde, Opfersymmetrie, wir geben auch etwas. Und jetzt, wo es darum geht, die Entscheidungen zu treffen, merkt man, was das heisst und dass vielleicht der Eine oder Andere dann nicht mehr gewählt wird. Ich finde es nicht ganz richtig, dass man nicht vor einem Jahr schon gesagt hat, halt, das geht nicht oder vor einem halben Jahr. Man hat es jetzt gesagt, wo die Zahlen auf dem Tisch liegen und vielleicht dann der Entscheid. Darum glaube ich, ich weiss nicht ob es richtig ist, aber wir müssen glaube ich nicht dem Gemeinderat zustimmen sondern der Vorlage. Besten Dank. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann möchte ich es einfach nochmal kurz wiederholen, weil es ein wenig schwierig ist vielleicht oder widersprüchlich in der Formulierung oder wie auch der ganze Prozess verlief. Also wer die Anzahl Gemeinderäte bis 7 Mitglieder beibehalten will, der erhebt nachher bei Ja die Hand, also wenn er dem Gemeinderat und dem Gemeinderatsantrag folgen will, dass man das bei 7 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten lässt.

Wer will, dass die Anzahl Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf 5 Mitglieder reduziert wird, muss nachher bei Nein die Hand aufheben, weil er eben dem Antrag vom Gemeinderat nicht folgen will.

Was hat dann der Beschluss jeweils für Folgen in Form von den weiteren politischen Prozessen. Wir hatten es geschrieben, wenn Sie ein Ja stimmen zum Antrag vom Gemeinderat, also Beibehaltung von 7 Mitgliedern, würde dieser Beschluss nicht dem obligatorischen Referendum unterliegen, weil die Gemeindeordnung ja dann keine Änderungen erfährt. Sollte sich allerdings eine Nein-Mehrheit ergeben und entsprechend die Reduktion von 7 auf 5 vollzogen werden, dann würde dieser Beschluss gemäss dem Paragraph 48, Abs. 1, Litera a vom Gemeindegesetz dem obligatorischen Referendum unterliegen. Das würde heissen, dass es bis spätestens am 29. November 2015 an der Urne beschlossen werden muss, damit es dann noch für die Abstimmung für die nächste Legislaturperiode im 2016 reicht. Gut, das wären die Informationen für die Folgen der Beschlussfassung und wir wären jetzt beim Beschluss.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen: „Die Teilrevision der Gemeindeordnung Paragraph 2, Abs. 1, Verringerung der Anzahl Mitglieder des Gemeinderates von 7 auf 5 wird abgelehnt.“

Wer dem zustimmen will, also der Empfehlung vom Gemeinderat folgen, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen.

Das ist für die Beibehaltung von 7 Gemeinderäten. Darf ich die Stimmzähler bitten? Bitte alle noch oben behalten zur Sicherheit. 11, 29, 29, 46.

Wer gegen diesen Antrag ist, also die Anzahl Gemeinderäte von 7 auf 5 zu reduzieren, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. 20, 20, 42, 69.

Enthaltungen? 0, 5, 5, 6. Gut.

://: Der Gemeinderatsantrag ist mit 115 Ja-Stimmen zu 151 Nein-Stimmen bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Das heisst, die Anzahl Gemeinderäte würde von 7 auf 5 verringert werden, vorbehaltlich der Urnenabstimmung vom nächsten Jahr.

Gut, dann wären wir beim Traktandum 4, Anpassung Baurechtsvertrag Rebacker, Alterszentrum.

4. Baurechtsvertrag Rebacker

Gut, dann wären wir beim Traktandum 4, Anpassung Baurechtsvertrag Rebacker, Alterszentrum.

Ich werde Ihnen kurz zum Hintergrund von dieser Vorlage Auskunft geben. Zum angestrebten Unterbaurecht mit einem Investor und zum Anpassungsbedarf vom bestehenden Baurechtsvertrag, den die Gemeinde mit dem Stiftungsrat vom Alters- und Pflegeheim Birsfelden hat.

Zum Hintergrund: Die Gemeinde Birsfelden hat mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden zur Parzelle 1735, das ist die Parzelle wo das Alterszentrum draufsteht und die beiden Bauten Rebacker und Rütthard, im Jahr 1973 einen Baurechtsvertrag abgeschlossen. Das Alters- und Pflegeheim, also die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden zahlt dort keinen Baurechtszins für die Nutzung dieser Parzelle. Diese Parzelle hat einen Umfang von 12'315 m². Sie liegt in einer speziellen Zone, nämlich die Zone für öffentliche Wege. Die Zweckbestimmung die dort gegeben ist, man darf also dort nicht einfach machen was man will, es hat eine Zweckbestim-

mung, die besteht in Führen von Altersheimen oder Alterswohnungen. Der Baurechtszins, wie ich gesagt habe, beträgt heute Null. Die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden hatte schon länger Pläne, die bestehenden Alterswohnungsbauten Rüttihardstrasse 4 und 6, 6 ist der Rebacker, durch zwei Neubauten zu ersetzen. Das darum, weil, die beiden Bauten sind schon seit längerem am Ende der Lebensdauer angelangt und es besteht auch keine Möglichkeit, aus einer wirtschaftlichen Optik heraus, in Form von einer Erneuerung oder Sanierung da wieder eine Verbesserung heranzubringen. Das heisst, auch die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden ging in ihrer Planung davon aus, dass sie zwei neue Wohnbauten hinstellen würden. Sie kam bis zu einem Vorprojekt, das Vorprojekt umfasste zwei 8-geschossige Wohnbauten, das Projekt berücksichtigte sämtliche städtebaulichen Ansprüche und gesetzlichen Rahmenbedingungen und wäre in dem Sinn eigentlich zur Umsetzung parat gewesen.

Die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden wollte das in ihrem ursprünglichen Plan selber umsetzen, in der Vergangenheit gingen sie davon aus, dass sie genügend finanzielle Mittel haben um das in eigener Kraft finanzieren zu können. In der Zwischenzeit wurde dann aber die Sanierung von der Basellandschaftlichen Pensionskasse, wo die Stiftung APH auch Mitglied ist, zum Thema. Ich gehe davon aus, auch Sie kennen ja, in Form von diesen Gemeindediskussionen die wir für unsere Angestellten hatten, die Thematik. Also der Kapitalbedarf für ihre Versicherten war relativ hoch und das Geld, das sie ursprünglich zum Investieren in die Neubauten geplant hatten, mussten sie für die Sanierung der Pensionskasse einsetzen. Daraufhin kam die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden auf die Gemeinde zu, resp. die Gemeinde auch auf die Alters- und Pflegeheim-Stiftung und man sass zusammen und sagte „so what“ was machen wir jetzt. Beide, die Stiftung wie auch die Gemeinde, sind Stand heute nicht in der Lage, so ein Projekt selber mit eigenen finanziellen Mitteln zu stemmen. Entsprechend bleibt quasi nur noch eine Möglichkeit wenn man das vorantreiben will, nämlich, dass man einen externen Investor sucht, der das Projekt entsprechend diesen Vorstellungen wie es schon angedacht war, vorantreiben würde. Wir haben uns dann zusammen auf dieses Vorgehen geeinigt, wir machten im ersten Halbjahr vom letzten Jahr eine Ausschreibung, wo sich interessierte Investoren melden konnten.

Das ist ein Ausschnitt aus dem Zonenplan, da nur ganz kurz, um welche Grundstücke und welche Bauten handelt es sich. Der untere Teil, der graue Bereich, das ist das neue AZ das heute steht. Das ist jetzt das Teilgrundstück um das es heute geht und da die zwei Bauten die darauf wären, die mal in Form einer Projektierung entworfen wurden. Das Unterbaurecht oder das Projekt um das es geht betrifft also diese Parzelle da, wo einerseits die Rüttihard 4 schon abgebrochen wurde und der Rebacker da heute in Form von der alten Wohnsubstanz noch besteht.

Was war der Bestandteil von dieser Ausschreibung für dieses Projekt? Zwei Hauptbestandteile hatte es. Der erste ist, dass das Vorprojekt, das die Stiftung erarbeitet hat, dass das plus minus zur Umsetzung kommt. Also, es ging nicht, dass jetzt plötzlich jemand mit einem gänzlich neuen Projekt kam um etwas ganz anderes zu machen, sondern dass die das Projekt, das auch schon beim Bauinspektorat in Form einer Vorinformation besprochen wurde, dass das zur Umsetzung kommt, das eben auch dem städtebaulichen Aspekt genügt. Der zweite Hauptbestandteil ist, dass wir jetzt, wo ein externer ins Spiel kommt, dass wir da natürlich insbesondere Seitens Gemeinde einen Baurechtszins verlangen. Es kann nicht sein, dass jemand Drittes hier bauen kommt, Renditen erwirtschaftet und da für diese Möglichkeit keinen Baurechtszins abgeben muss. Ich glaube, diese Zeiten in Birsfelden sind vorbei. Das war Bestandteil der Ausschreibung. Es geht wie gesagt um das Unterbaurecht auf dieser Teilparzelle, die Teilparzelle ist gut 3'000 m² gross, insgesamt wie gesagt sind es über 12'000 m². In dem ganzen Prozess, der ja quasi $\frac{3}{4}$ Jahre gedauert hat, (der Ausschreibungsprozess, der Verhandlungsprozess) ging die Stiftung Abendrot als Siegerin hervor. Sie hat die hohen Anforderungen die wir gestellt haben am besten erfüllt.

Zur Stiftung Abendrot ganz kurz. Das ist eine Stiftung, die da in der Region schon seit langem aktiv ist, schon seit den 80er Jahren. Sie sind Pioniere in nachhaltiger Anla-

gepolitik, sowohl was Anlagen in Finanzmittel betrifft wie auch in Immobilien. Sie erhalten dort jeweils regelmässig Bestnoten. Die Stiftung Abendrot ist nicht irgendjemand, irgend ein russischer Ritter, der hier zu reiten kam, sondern ein seriöser Anbieter in diesem Bereich. Ihr Angebot beinhaltet einen Baurechtszins von CHF 151'000.-- für diese Teilparzelle, diese 3'000 m². Bestandteil von dieser Ausschreibung war auch, dass dieser Baurechtszins alle 10 Jahre eine Anpassung erfährt.

Was sind die Inhalte, was sind die Vorgaben oder das Angebot, das wir auf dem Tisch liegen haben? Die Gemeinde Birsfelden ist nicht nur an diesem Baurechtszins interessiert, sondern wo wir auch sehr stark das Interesse daran haben ist, dass da nicht ein Investor herkommt der zwei Bauten, zwei Immobilien erstellt, die nach 30, 40 Jahren ausbluten lässt und dann dort Bauruinen bestehen. Das ist immer die Gefahr, wenn man Liegenschaften oder Objekte im Baurecht abgibt. Wir haben aber eine Klausel drin die die Werterhaltungspflicht garantiert, die Werterhaltungspflicht von den Wohnungen. Was auch Bestandteil vom Vertrag ist, dass Priorität in der Mieterschaft Leute sind im Pensionsalter, also Leute ab 65 Jahren und Birsfelderinnen und Birsfelder. Das heisst, wann immer eine Wohnung frei ist, insbesondere natürlich zu Beginn aber dann auch während der Lebensdauer, wenn eine Wohnung frei wird, haben die Birsfelderinnen und Birsfelder Priorität für die Einmietung.

Vorgesehen ist, wie das Vorprojekt von der Stiftung schon angedeutet hat, zwei Baukörper mit 8 Geschossen. Einem Erdgeschoss, wo Nutzung für öffentliche Themen möglich sind wie z.B. eine Kinderkrippe, das war ganz explizit drin, Gemeinschaftsräume, Gästezimmer mit Bädern. So hat es sich die Stiftung Abendrot vorgestellt. Im Obergeschoss 1 bis 7 je 5 Wohnungen à 1,5 bis 3,5 Zimmer. Die Stiftung Abendrot zahlt nicht nur jährlich einen Baurechtszins sondern sie leistet auch – das war wichtig für die Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden – einen Beitrag für die Projektierungskosten, die die Stiftung schon geleistet hat von CHF 640'000.-- und von Kosten der Altlastensanierungen von CHF 378'000.--. Der Vertragsprozess mit der Stiftung Abendrot ist eigentlich kurz vor Abschluss, wir sind uns da im Grundsatz einig, aber natürlich kommt es auch auf den heutigen Entscheid von Ihnen an, ob wir so voranmachen können oder nicht. Gemäss heutiger Planung wäre das Ziel, dass die ersten Wohnungen im Gebäude 1, das ist dort wo heute der Abbruch schon ist, also dort wo heute das Gebäude nicht mehr steht, Rütthard 4, dass dort der Wohnungsbezug für's 2. Halbjahr 2017 möglich wäre.

Wieso müssen wir jetzt den Baurechtsvertrag mit der Stiftung anpassen, wenn es doch um ein Unterbaurecht geht. Wir haben einen bestehenden Baurechtsvertrag mit der Stiftung APH, eine Vereinbarung wo das Baurecht nur noch 59 Jahre dauert, das Interesse von Investoren bei solchen Projekten geht aber ganz klar länger. Es ist jeweils so, dass, wenn man nicht Grundstücke im Verkauf abgeben kann, Investoren nur bereit sind zu investieren wenn die Möglichkeiten bestehen, über längere Zeithorizonte zu bestimmen, und entsprechend 100 Jahre ist dort eigentlich quasi die Usanz für so Objekte.

Entsprechend müssen wir den bestehenden Baurechtsvertrag, den wir von der Gemeinde mit der Stiftung APH haben, wieder erneuern auf 100 Jahre, das heisst noch um weitere 41 Jahre. Das Zweite das wir machen müssen ist, dass wir darin festhalten, dass der Baurechtszins aus dem Unterbaurecht, also die CHF 150'000.--, die jetzt da mal im Raum stehen, dass die an die Gemeinde gehen. Dass das direkt Geld ist, das an die Gemeinde fliesst, das müssen wir vertraglich auch so festhalten. Das macht aber Sinn, weil der Boden gehört heute schon der Gemeinde. Und wenn der Boden der Gemeinde von einem Drittinvestor genutzt wird, dann soll auch das Geld, das die Nutzung von diesem Boden beinhaltet, auch direkt an die Gemeinde fließen. Darum müssen wir den bestehenden Baurechtsvertrag anpassen. Was aber ist, die Stiftung APH würde nicht gänzlich leer ausgehen, weil die Stiftung Abendrot und die Stiftung APH sind heute schon in der Diskussion und kurz vor Vertragsabschluss. Nämlich im Sinn von Dienstleistungen. Wichtig bei so Alterswohnungen, die dort entstehen, ist ja auch, dass sie Dienstleistungen für ältere Menschen anbieten können. Ich sage jetzt, auf Knopfdruck eine medizinische Betreuung oder sonstige Dienstleistungen und die wären natürlich mit der Nähe zum Alterszentrum perfekt gewährleistet, wenn das vom Alterszentrum ausgeführt werden könnte. Sie diskutieren also

schon heute darüber, wie eng diese Zusammenarbeit in Zukunft sein wird, wenn die Gebäude dann mal bestehen würden. Gut, das wären die Ausführungen zu diesem Geschäft und ich würde entsprechend gerne das Wort der Gemeindekommission übergeben.

Thomas Maier, Gemeindekommission:

Geschätzte Anwesende. Also zuerst mal besten Dank auch an den Gemeinderat, weil wir hatten einige Fragen, die jetzt eigentlich auf dieser Folie erklärt wurden. Wir wussten nicht genau um wieviele m² geht's, wir wussten nicht genau was für Konditionen, also die CHF 150'000.-- waren uns nicht bekannt, wir haben Diskussionen geführt wie kann man das auch anders lösen mit der Spitex. Wir haben auch Modelle angefragt, wie sieht das mit einer anderen Vorfinanzierung von uns selber aus, um später eigentlich das Ganze wieder zu verkaufen und dann wieder einzumieten. Der Gemeinderat wollte kein Risiko eingehen, was eigentlich auch sehr vernünftig ist. Dieser Pachtvertrag, weil der ist auch indexiert worden habe ich gesehen, das hatten wir vorher auch nicht gesehen. Also wirklich gute Arbeit, da die letzten zwei Wochen. Ich mache es eigentlich kurz, wir haben darüber abgestimmt. Der erste Antrag war ja der Vertrag mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim zu verlängern und zwar auch auf 100 Jahre. Zu diesem Antrag haben wir mit 13 zu 1 Stimme Ja gesagt. Auch sonst, zum neuen Pachtvertrag mit der Stiftung Abendrot mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. Ich stelle die Frage, ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann wäre die Diskussion eröffnet. Wem darf ich das Wort übergeben? Ich stelle fest, es gibt keine Wortmeldungen. Dann wären wir bei der Schlussabstimmung.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung basierend auf Paragraph 7, Abs. c der Gemeindeordnung zu beschliessen:

Punkt 1: „Der bestehende Baurechtsvertrag mit der Stiftung Alters- und Pflegeheim Birsfelden aus dem Jahr 1973 kann in den wesentlichen Punkten Dauer und Baurechtszinsen angepasst werden.“

Wer diesem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Punkt mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

Punkt 2: „Weitere Anpassungen, die sich aufgrund aktueller Bedürfnisse sowie geänderter Rahmenbedingungen ergeben, liegen in der Kompetenz des Gemeinderates.“

Wer diesem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Punkt mit grossem Mehr bei wenigen Enthaltungen zugestimmt.

Besten Dank.

5. Budget 2015

Gut, dann wären wir beim Traktandum 5, beim Haupttraktandum von heute Abend, beim Budget 2015.

Ich möchte kurz vorausschicken, ich werde Ihnen wie üblicherweise in einer kurzen Präsentation die Zahlen und das Budget für's nächste Jahr vorstellen; den Hintergrund dazu auch überbringen. Ein grosser Bestandteil von diesem Budget und von der Diskussion wird ja wohl das Sanierungspaket sein und die Sanierungspaketmassnahmen. Entsprechend werde ich die da in Form von einer Präsentation in die Budgetpräsentation einbauen. Ich werde dann zu Beginn von den Ausführungen zum

Sanierungspaket, zu diesen Massnahmen, noch ein paar Worte oder Erklärungen abgeben, wie Sie die Erläuterungen lesen sollen; und wenn Sie Anmerkungen haben resp. Anträge, wann Sie die einbringen sollen.

Budget 2015, was werde ich Ihnen vorstellen?

Ich werde kurz darauf eingehen, was wird sich im nächsten Jahr ändern, wie sieht der Voranschlag aus im 2015 gegenüber dem Budget 2014 entlang den Globalbudgets. Ich werde Ihnen erklären, was budgetiert wird für's 2015 im Rahmen von den Investitionen. Ich werde wie gesagt einen relativ ausführlichen Exkurs zum Sanierungspaket machen. Am Schluss dann auf die längerfristige finanzielle Perspektive eingehen und ganz am Schluss dann noch ein paar Bemerkungen anfügen im Sinn von einer Konklusion.

Was hat sich in jüngster Zeit geändert? Seit Anfang dieses Jahres ist das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell im Kanton gültig, das HRM 2. Entsprechend hat sich sehr viel geändert. In der Kontierung, in der Darstellung, in der Bewertung. Es ist sehr schwierig, da einen Vergleich herzuleiten zu den Jahren vor 2014; entsprechend haben wir in Ihren Unterlagen und im IAFP nur ein Referenzjahr, nämlich das Referenzjahr 2014 zum 2015. HRM 2 führt auch dazu, dass die Bilanzpositionen neu bewertet werden, also die Bilanz sieht ziemlich anders aus, also Ende 2014 wie im Ende 2013. Das nicht nur wegen dem grossen Brocken Ausfinanzierung von der Deckungslücke der Pensionskasse, sondern auch weil eben Änderungen kamen in Bezug auf die Bewertung von den Einheiten in der Bilanz. Das macht es sehr schwierig, Vergleiche herzuleiten zu den früheren Jahren. Wir haben aber auch, im Sinn von einer grösseren Überarbeitung das Leistungs- und Wirkungsziel und entsprechend auch die Indikatoren innerhalb vom IAFP überarbeitet. Wir haben ja schon mehrfach auch von Ihnen Rückmeldung erhalten, aber auch von der Geschäftsprüfungskommission und von der Rechnungsprüfungskommission, dass viele Indikatoren oder Leistungs- und Wirkungsziel nicht wirklich sinnvoll, nicht wirklich nachvollziehbar sind und wenig Aussagekraft besitzen. Entsprechend haben wir da eine Überarbeitung vorgenommen, Sie sehen die neuen Leistungs- und Wirkungsziele im neuen IAFP.

Gut, dann kommen wir zu den Zahlen. Da hoffe ich jetzt, dass man es einigermaßen sieht, es ist im Grossen und Ganzen einfach eine Rekapitulation von den Erläuterungen zur Gemeindeversammlung. Ich würde Ihnen da kurz darstellen was sich verändert hat zwischen dem Budget 2014 und demjenigen vom 2015. Das Wichtigste ganz zu Beginn, wir planen im nächsten Jahr mit einem Defizit von CHF 2,7 Mio. Das ist rund eine Million besser als wir im letzten Jahr gedacht haben, wird das Budget für's 2015. Das heisst, im Verlauf des Jahres haben wir da aufgrund von Massnahmen, die wir ergriffen haben, das Defizit reduzieren können. Aber, wir beantragen Ihnen trotzdem doch ein signifikantes Defizit von CHF 2,7 Mio.

Wie kommt das zustande jetzt gegenüber dem letzten Jahr? Wir haben im Bereich Leben in Birsfelden Anpassungen vorgenommen, im Bereich der Pflegekosten, und zwar sind die nicht ganz so hoch ausgefallen, so wie wir die Evidenz haben jetzt für's 2014, wie wir gedacht haben. Entsprechend haben wir dort eine kleine Anpassung vorgenommen, das ist ja grundsätzlich mal eine positive Nachricht. Und, wir haben zudem in Form von einer Sanierungsmassnahme den Aufwand bei den Infrastrukturdienstleistungen Bereich Grün, den Grünunterhalt vom Werkhof auch kostenreduziert. Im Bereich Umwelt hatten wir im 2014 ja die Überführung der Spezialfinanzierung GGA in die normale Kasse, entsprechend hatten wir dort einen hohen Ausschlag in Form eines Ertrages. Der ist jetzt im 2015 nicht mehr vorhanden, darum haben wir dort diesen Unterschied. Das wäre das zweite Ringli da.

Dann bei den Einwohnerdiensten hat es, Moment rasch, jetzt bin ich beim Verkehr, da fehlt noch ein Ringli beim Verkehr, dazu möchte ich auch noch kurz etwas sagen. Beim Verkehr, auch dort haben wir im Bereich Unterhalt schwarz, das ist auch der Bereich Infrastrukturdienstleistungen. Bereich Werkhof schwarz haben wir dort eine Reduktion vorgenommen in den Kosten. Bei den Einwohnerdiensten ist es so, dass ab nächstem Jahr die IV- und EL-Regelungen, insbesondere die Abgeltungen von Kanton und Gemeinden, neu geregelt werden. Das heisst, dass wir im Bereich von der IV Mehrbelastungen zu verzeichnen haben, aber in Form von Transferzahlungen

vom Kanton auch mehr Geld an uns zurückkommt. Netto haben wir etwa gleichviel Ausgaben, aber in den verschiedenen Globalbudgets gibt's dazu darum Verschiebungen.

Also da bei den Einwohnerdiensten Mehrkosten und bei den Steuern haben wir da im Bereich Steuern mehr Erträge aus den Transfererträgen vom Kanton. Sehr kompliziert, bringt wirklich keinen Mehrwert in Form von der Transparenz, aber so läuft es bei uns im Kanton.

Bei der Verwaltungsführung, in dem Bereich da, wo wir den grössten Ausschlag zu verzeichnen haben gegenüber diesem Jahr, ist klar, dass da in diesem Jahr glücklicherweise keine zweite Ausfinanzierung von der Deckungslücke Pensionskasse auf uns zukommt im 2015. Entsprechend fahren wir das wieder auf dem Normalbestand. Im Bereich Steuern haben wir, wie ich erwähnt habe, mehr Transferzahlungen, die wir da erhalten und auch eine leichte Anpassung bei den Steuererträgen nach oben, so dass wir dort ein leichtes Plus verzeichnen dürfen. Insgesamt, trotz den Bewegungen innerhalb der Globalbudgets, ein einigermaßen stabiles Bild mit einem immer noch signifikanten Defizit. Da zeigt es sich einmal mehr, dass wir mit unseren Berechnungen oder Vorhersagen in Bezug auf das strukturelle Defizit richtig lagen. Die Defizite, die wir da ausweisen sind immer noch in der Gestalt, dass man wirklich von einem grossen Defizit reden muss.

Was haben wir im Bereich von den Investitionen vor? Im steuerfinanzierten Bereich, also der Bereich, der nicht über die Spezialfinanzierung abgedeckt wird, haben wir sage und schreibe nur 4 Positionen.

- Die erste Position Entwicklung der Hotspots. Das ist eine Position die wir für die Projektierungskosten eingestellt haben im Bereich von Stadtentwicklungsthemen, STEK, das im Moment läuft und die Bearbeitung von Entwicklungsprojekten, wo wir eigentlich entweder Grundeigentümer sind oder wo wir zusammen mit den Grundeigentümern den Prozess beschleunigen und fördern wollen, so dass die mit der Erneuerung vom Wohnbestand vorwärts machen. Wir haben das in Form von Projektierungskosten reingenommen. Da ist sicher der grösste Teil aus dem Stadtentwicklungskonzept zu erwarten wie auch aus den sogenannten Hotspots-Themen die wir haben. Also dort, wo teilweise die Gemeinde selber Grundstücksbesitzer ist, wo wir teilweise selber in die Kosten gehen müssen, damit wir dort eine Entwicklung erzielen können.
- Schulraumplanung, die ist in Form einer Sondervorlage ja schon im Verlaufe dieses Jahres von Ihnen verabschiedet worden. Die beläuft sich auf CHF 875'000.-- für nächstes Jahr.
- Strassenbeleuchtung da ist eine weitere Tranche fällig für nächstes Jahr mit CHF 180'000.--.
- Und die Belagsarbeiten Dinkelbergstrasse im Zusammenhang mit der Cisterna auch im Sinn von einer Sondervorlage schon von Ihnen so verabschiedet CHF 300'000.--. Die CHF 5'000.-- sind Antennenanschlussgebühren, die als Plus dazukommen, entsprechend laufen wir dort in einem Total von CHF 1,5 Mio. Das ist unserer Meinung nach das absolute Minimum, das wir im nächsten Jahr im steuerfinanzierten Bereich einsetzen.

Im Bereich von den Spezialfinanzierungen, also Bereich Wasserversorgung und Abwasser haben wir auch nicht viele Projekte. Es sind zwei Projekte bei der Wasserversorgung.

- Dort geht es um eine Wasserleitung Dinkelbergstrasse, die auch als Sondervorlage schon beschlossen ist und der Ersatz von der Ozon-Anlage durch eine neue UV-Anlage in der Wasseraufbereitung, die gemacht werden muss im Umfang von zirka CHF 100'000.--. Die Minus betreffen auch Einnahmen die wir dort generieren

in diesen Bereichen in der Wasserversorgung, so dass noch ein Nettobetrag von CHF 330'000.-- verbleibt für diesen Bereich.

- Im Bereich Abwasserbeseitigung haben wir die Cisterna Dinkelbergstrasse. Auch wieder das altbekannte Thema, Sondervorlage gehabt, CHF 1'150'000.--, der Rest sind Anschlussgebühren und Erschliessungsbeiträge, so dass noch CHF 855'000.-- verbleiben. Der Gemeinderat hat einen sehr strengen, strikten Investitionsbudgetprozess gefahren in diesem Jahr und ist der Meinung, dass er wirklich das absolut Notwendige da Ihnen beantragt, dass wir das nächste Jahr machen.

Wir kommen zu den Massnahmen Sanierungspaket. Erlauben Sie mir, dass ich da kurz einen Schluck Wasser nehme, weil es geht ziemlich wortreich weiter. Das Thema Sanierungspaket wurde heute schon mehrfach angetönt und ist für diejenigen unter Ihnen, die im Juni 2014 an der Gemeindeversammlung dabei waren, oder evtl. auch an einem Sonderanlass, der zwischenzeitlich organisiert wurde, in den Grundzügen bekannt was das Sanierungspaket bedeutet.

Das Sanierungspaket wurde vom Gemeinderat geschnürt im Hinblick darauf, dass wir das strukturelle Defizit von über CHF 4'000'000.--, die wir errechnet haben, über die Jahre in den Griff kriegen können. Das Sanierungspaket beinhaltet Kostensenkungsmassnahmen und Entlastungsmassnahmen, aber auch Ertragssteigerungsmassnahmen. Es gibt Elemente daraus, die Sie schon verabschiedet haben, ich erinnere da an die September-Gemeindeversammlung wo wir den Beschluss Steuerbezug, dass der zukünftig vom Kanton organisiert wird, dass Sie dem zugestimmt haben. Das ist erfolgt, es hat auch gewisse Massnahmen daraus, die in der Kompetenz vom Gemeinderat bestehen, die sich auch schon in der Umsetzung befinden. Gewisse Massnahmen wie jetzt auch heute wieder, unterliegen weiterhin dem Gemeindeversammlungsbeschluss und sind heute drangekommen.

Es gibt Vorschläge daraus in diesem Sanierungspaket die, ich sage jetzt ganz klassisch, Kostensenkungsvorschläge sind. Die sind als solches so auch erklärt oder manifestiert und ich werde Ihnen sagen, da haben Sie die Möglichkeit, wenn Sie mit dieser Kostensenkungsmassnahme nicht einverstanden sind, diese heute im Rahmen von einem Budgetantrag in dem Sinn rückgängig zu machen oder gar nicht erst erfolgen zu lassen. Ich werde Ihnen darum jetzt, wenn ich durch die einzelnen Sanierungsmassnahmen durchgehe auch erklären, wo dass dann so ein entsprechender Budgetantrag nachher in der Behandlung von diesem Geschäft kommen müsste. Also mal da der Rahmen zum Sanierungspaket.

Ein wichtiger Bestandteil von diesem Sanierungspaket sind personelle Massnahmen. Wir haben, ausgehend von einem Sollstellenplan aus dem Jahr 2014, also Sollstellenplan, der für's 2014 gilt, der 7'316 Stellenprozent vorsieht, haben wir im Rahmen vom Sanierungspaket 955 Stellenprozent angefasst. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen was anfassen bedeutet, nämlich jetzt.

Anfassen tun wir die folgendermassen: Die 955 Stellenprozent die teilen sich auf folgende Kategorien auf, 200 Stellenprozent konnten aufgefangen oder reduziert werden im Rahmen, im Zusammenhang mit Pensionierungen die erfolgt sind. Freiwillige Abgänge, die wir nicht mehr ersetzt haben, sind im Umfang von 350 Stellenprozent, also 3 ½ ganze Stellen erfolgt. Leute, die an neue Arbeitgeber gehen, die auch einen Besitzstand haben, dass ihr Pensum in der jetzigen Form weitergeführt wird, dort sind 80 Stellenprozent betroffen. Und von Entlassungen, resp. Pensenreduktionen sind insgesamt 325 Stellenprozent betroffen, also 3 Ganzstellen und ¼-Stelle. So dass wir insgesamt von über 955 Stellenprozent reden.

Ich gehe jetzt tabellarisch durch die einzelnen Sanierungsmassnahmen hindurch und ich werde das folgendermassen machen. Einerseits Massnahmen kurz nennen, dann ob Pensen betroffen sind oder ob es nur eine Kostenreduktion ist. Welches Globalbudget es betrifft, und das ist jetzt wichtig, wenn Sie nachher einen Budgetantrag machen wollen. Also jetzt zum Beispiel nehmen wir die zweite Linie, Reduktion Budget Gemeindepolizei und Bewachung Birskopf CHF 32'000.-- sind dort betroffen. Das ist im Globalbudget Sicherheit, im Aufgabenbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Effekt von diesem Abbau wäre, dass wir eine Stunde weniger auf dem Birsköppli kontrollieren gehen; anstatt 2 Stunden nur noch 1 Stunde. Es geht darum,

dass wir dort die Nachtruhe auf dem Birsköpfli sicherstellen und dort würden wir die Kontrollgänge reduzieren. Wenn Sie der Meinung sind, jetzt eben das Beispiel, dass diese Einsparung nicht gemacht werden soll, müssten Sie dann, wenn wir nachher das Globalbudget durchgehen, beim Globalbudget Sicherheit die Hand erheben und sagen, CHF 32'000.-- sollen drinbleiben. Ich hoffe, das ist einigermaßen klar, sonst können Sie gerne auch dann im Verlauf der Beratungen nochmal fragen. Ich gehe jetzt also einzeln durch die einzelnen Massnahmen hindurch.

Wir haben bei der Gemeindepolizei eine Reduktion von den Pensen vorgenommen. Das betrifft Globalbudget Sicherheit, Aufgabenbereich öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Leistungsabbau dort ist im Bereich vom Aussendienst, bei dem wir eine leichte Reduktion von den Touren machen, aber wirklich eine leichte, kleine Reduktion. Den Rest werden wir durch interne Optimierungen auffangen. Budgetwirksam würde das ab 2016 werden, also nicht ab nächstem Jahr. Entsprechend ist es auch nicht Bestandteil vom Budgetantrag, das stünde dann im 2016, also nächstes Jahr zur Debatte, aber das einfach, dass Sie das merken. Die meisten Themen sind im nächsten Jahr budgetwirksam und entsprechend dort auch als Antrag zu stellen.

Ich erwähnte es vorhin in Form von einem Beispiel. Reduktion Budget Gemeindepolizei, Bewachung Birskopf, dort geht es primär eben um weniger Kontrollstunden im Birskopf. Globalbudget Sicherheit ist betroffen, Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung CHF 2'000.--.

Im Bereich Einwohnerdienste werden 20 Stellenprozent abgebaut, das betrifft das Globalbudget Einwohnerdienste, Aufgabenbereich Stadtbüro. Diese Reduktion wollen wir durch eine Reduktion der Öffnungszeiten und telefonischen Erreichbarkeit auffangen. Diejenigen unter Ihnen die es gesehen haben, im Birsfelderli haben wir schon mal informiert, wie das in Zukunft etwa aussehen wird bezüglich Öffnungszeiten. Wir werden aber noch an alle Haushaltungen in Birsfelden ein Informationsschreiben schicken, wo die neuen Öffnungszeiten und die neue telefonische Erreichbarkeit erklärt wird. Budgetwirksam würde das im 2015.

Auslagerung Steuerinkasso. Den Steuerbezug haben wir in Form von einer Vorlage im September von Ihnen ja schon beschliessen lassen, dort betrifft es 40% an Pensen. Das ist in diesem Sinn kein Leistungsabbau, weil das einfach dem Kanton übertragen wird, und budgetwirksam wird das im 2015; bis das Inkasso ab 2015 beim Kanton läuft. Aber die Einsparungen werden wir erst im 2016 erzielen weil das 2015 ein Übergangsjahr von uns ist und wir da noch einige Anpassungsaufgaben tätigen müssen.

Im Bereich Steuern. Das ist im Globalbudget Verwaltungsführung, Aufgabenbereich Steuern, da reduzieren wir die Pensen insgesamt um 20 Stellenprozent. Das werden wir auch durch eine Reduktion von den Öffnungszeiten und telefonischer Erreichbarkeit und internen Optimierungen auffangen. Das wird ab dem Jahr 2015 budgetwirksam.

Die Prüfung von der Auslagerung Kinderschutzmandat. Da haben wir ein Thema, das Richtung einer möglichen Auslagerung an Dritte geht. Da haben wir auch schon Zusatzinformationen zu diesem Thema, die wir Ihnen heute geben können. Das wird Ihnen jetzt dann gerade Frau Brigitte Schafroth kurz darlegen. Da geht es darum, dass die Kinderschutzmandate zukünftig von einem externen Dienstleister abgewickelt werden, d.h. es erfolgt kein Leistungsabbau. Das wird budgetwirksam ab nächstem Jahr, das wäre die Planung. Es ist der Bereich Soziales, also Globalbudget Soziales, Aufgabenbereich Kindes- und Erwachsenenschutz. Die Pensen, die dort angegeben sind, würden an Dritte ausgelagert. In dem Sinn in Form von Besitzstand nicht zur Disposition, aber bitte Brigitte, vielleicht kurz wo wir dort stehen.

Brigitte Schafroth, Gemeinderätin:

Wir haben die Auslagerung geprüft, wir haben drei Anbieter geprüft und darunter einen Anbieter gefunden, der uns die Mandate – und ich rede nur von Kinderschutzmandaten – abnehmen würde. Wir haben in diesem Bereich insofern Schwierigkeiten auch mit unserem Nachwuchs, d.h. mit Sozialarbeitern. Im Zuge von diesem Sanierungspaket, wo wir auch die Mitarbeitenden vorausschauend darüber in Kenntnis gesetzt haben dass es eine Veränderung geben könnte, dass ihr Pensum allenfalls einem weiteren Arbeitgeber übergeben würde, hatten wir dann schon Kündigungen. Das heisst, wir hatten jemanden der in den Vorruhestand ging und zwei andere Personen, die ihre Kündigung bereits eingereicht haben.

Der Nachwuchs im Bereich der Kinderschutzmandate ist sehr schwierig. Es ist sehr schwierig, die Leute zu rekrutieren und diesbezüglich kommt uns das jetzt nahe mit diesem Anbieter. Wir kennen diesen Anbieter, wir haben bereits länger mit ihm zusammen gearbeitet, weil wir Krankheitsausfälle hatten; und das finden wir eine gute Sache. Wir werden das weiter verfolgen und sobald es soweit ist, dass wir nähere Angaben machen können, wenn das veröffentlicht wurde, werden wir Ihnen einen Namen dazu bekanntgeben. Es wird sich auf der Verwaltung nichts ändern, sprich, die Mandate werden über Fachpersonal weitergeführt, wie bis anhin. Die Aufträge kommen von der KESB selber, die kommen auf die Gemeinde und die werden zukünftig direkt an unseren Anbieter gehen. Die Massnahmen werden von professionellen Leuten weitergegeben, verordnet und die KESB prüft, ob die Massnahmen nachher vorgenommen werden. Wir werden das nicht merken. Was die Kosten anbelangt ist es so, dass es sicher im Moment eine Nullrunde gibt, d.h. wie gross dass die Einsparungen sein werden, können wir so noch nicht sagen. Wir werden nicht mehr Geld ausgeben, das ist sicher, und die Qualität wird weiterhin den Standard halten wie wir ihn bis anhin hatten. Besten Dank.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön Brigitte. Die nächste Massnahme betrifft die AHV-/IV-Zweigstelle. Dort wird es zu einer Pensenreduktion von 40% kommen, das betrifft das Globalbudget Einwohnerdienste, Aufgabenbereich AHV-Zweigstelle. Die Pensenreduktion fangen wir auch durch eine Reduktion von den Öffnungszeiten und telefonischen Erreichbarkeit sowie auch von einem Dienstleistungsabbau auf. Unter anderem wurde auch das managen der kommunalen Beihilfe über diese Stelle abgewickelt.

Dann der ganze Bereich Betriebsunterhalt. Die Reorganisation quasi vom Werkhof im engeren Sinn. Da sind verschiedene Globalbudgets betroffen, einerseits Leben in Birsfelden, nämlich im Bereich Grünunterhalt. Dann der Bereich Globalbudget Verkehr, Aufgabenbereich Verkehrsinfrastruktur ist klar, dort den Unterhalt an den Strassen. Dann der Bereich Umwelt Ver- und Entsorgung im Aufgabenbereich Wasserversorgung. Gemeindeentwicklung im Bereich Liegenschaftsmanagement. Das betrifft vor allem Abwandsituationen. Und dann CHF 260'000.-- im Sachaufwand, den wir dort gekürzt haben.

Wie sich das auf das Dienstleistungsangebot von Birsfelden auswirkt, das ist erst in einer Skizze erkennbar. Der Prozess, den wir gefahren sind war dort ein anderer als in allen andern Massnahmenvorschlägen. Bei den meisten Massnahmenvorschlägen, die Sie da heute sehen war für den Gemeinderat schon von vornherein klar, zu was für einem Effekt das führen wird. Entweder zu einem Leistungsabbau oder zu einer Auslagerung oder zu einer sonstigen Auswirkung.

Im Bereich Betriebsunterhalt, der ein grösseres Gebilde darstellt innerhalb unserer Organisation, war es für uns nicht möglich, schon in einem Detailgrad – ich sage jetzt ein Beispiel, Laub wischen auf den Strassen - zu definieren, wo wir in Zukunft sparen werden. Der Gemeinderat hat aufgrund der Grösse von dieser Organisation von oben her eine Vorgabe gemacht, wieviel eingespart werden muss. Wir hatten in der Gemeindekommission meiner Meinung nach eine gute Diskussion darüber, ob man so ein Vorgehen rechtfertigen kann. Die Begründung dazu ist die, dass man in einem Betrieb, wo man kein Geld hat, die Gelder kürzen muss und dann schauen, wie man sich arrangiert. Es ist nicht immer möglich, dass man im vornherein schon weiss, wo man überall kürzen muss wenn man weniger Geld hat. Das ist nun mal, liegt in der

Sache des Themas. Wir haben gesagt, wir wollen in diesem Bereich Betriebsunterhalt in Zukunft nicht mehr so viel Geld ausgeben, damit wir das Sparziel erreichen. Wir haben den Auftrag an den neuen Leiter vom Betriebsunterhalt gegeben, dass er seinen Betrieb reorganisiert und zwar so, dass wir die Kürzungen möglichst durch Optimierungsmassnahmen auffangen können. Es wird so sein, dass zukünftig nicht mehr nur noch Spezialisten und Spezialistinnen für ihre Bereiche zuständig sind, sondern dass zunehmend Leute im Betriebsunterhalt auch in anderen Bereichen aushelfen müssen. Da wollen wir die Flexibilität und unsere Effizienz erhöhen. Aber mit diesen Massnahmen werden wir es nicht schaffen, die ganzen Reduktionen aufzufangen, entsprechend geht es dort auch um Leistungsabbau.

Dieser Prozess ist jetzt nachgelagert zur Reorganisation, die schon erfolgt ist. Dieser Prozess ist in vollem Gange. Vielleicht kann Herr Walter Märki noch kurz Stellung nehmen zum Stand von diesem Prozess; das ist in seinem Departement. Wir werden aber mit Bestimmtheit, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, die Öffentlichkeit informieren, ob und wenn ja, wie dieser Leistungsabbau für sie merkbar wird. Aber bitte Walter, vielleicht hast du noch das Eine oder Andere, das du heute schon sagen kannst.

Walter Märki:

Guten Abend miteinander. Wie es Herr Hiltmann vorher schon gesagt hat, haben wir dem Leiter vom Werkhof, ich sage jetzt gleichwohl noch Werkhof oder IDL den Auftrag gegeben, mit den Leuten, die wir jetzt zur Verfügung haben, Sie sehen wie viele Stellen dass abgebaut wurden, die Aufgaben die wir da in der Gemeinde leisten müssen, erfüllen zu können. Wir haben uns ein Ziel gesetzt, dass wir den ganzen Leistungskatalog, der ist ja jetzt mal aufgeführt worden mit der Zeitschiene wann welche Arbeiten gemacht werden müssen oder bis anhin auch gemacht wurden, zu erfüllen und anhand von den Stellenprozenten müssen wir dann nachher gewisse Reduktionen an einigen Orten vornehmen können. Wie es Herr Hiltmann schon gesagt hat, können wir das im Moment noch nicht ganz genau definieren. Was aber sicher ist, ist dass wir jetzt eine Organisation aufgebaut haben, die jetzt steht.

Es gibt nicht mehr eine Wasser-, Grün-, und Schwarzabteilung, sondern eine Abteilung wo einfach alle Leute zusammen im Werkhof hinten sind und sich gegenseitig aushelfen. Es ist jetzt auch so, dass gewisse Leute vom Werkhof die in der Abteilung Schwarz gearbeitet haben auch das Wasserwerk unterstützen, es ist jetzt einfach alles viel durchlässiger geworden. Wir haben uns den Rahmen gesetzt, dass wir die ganzen Aufgabenbereiche bis erstes Viertel vom nächsten Jahr definiert haben und dann auch ganz klar sagen können, wo gewisser Leistungsabbau ersichtlich ist und dann werde ich Ihnen das an der nächsten Gemeindeversammlung im Detail erläutern können.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank Walter Märki. Ich fahre weiter in dieser Tabelle.

Wir haben im Bereich Bau- Gemeindeentwicklung CHF 31'000.-- gekürzt, das ist im Globalbudget Gemeindeentwicklung, Aufgabenbereich Bauen und Wohnen. Dort haben wir die Ausgaben für externe Dienstleistungen um CHF 31'000.-- reduziert.

Im gleichen Globalbudget und Aufgabenbereich haben wir auch den Budgetposten Industrie, Handel und Gewerbe eliminiert. Das sind CHF 15'000.--, die unter dem Deckmantel Wirtschaftsförderung gelaufen sind. Das Thema ist unserer Meinung nach in diesem Sinn nicht speziell zu erwähnen, das liegt eigentlich im Aufgabenbereich vom Gemeindepräsidenten und entsprechend kann man sich diese CHF 15'000.-- auch sparen. Leistungsabbau denke ich ist dort nicht zu verspüren, weil, ich habe das gemacht und werde das auch in Zukunft machen, die Wirtschaftsförderungsthemen. Von dort her auch ohne die CHF 15'000.--.

Budgetkürzung, Zivilschutz und Gemeindeführungsstab CHF 65'000.--, das betrifft das Globalbudget Sicherheit, Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz. Dort ging man wirklich nochmal ganz hart zur Sache, das darf man so sagen. Man hat im Zivil-

schutz, im Gemeindeführungsstab jede Ausgabe nochmals angeschaut, den Franken umgedreht und jetzt mit CHF 65'000.-- ist glaube ich wirklich das Ende der Fahnenstange erreicht. Ich danke da aber allen Beteiligten, dass sie da mitgemacht haben. Der Leistungsauftrag ist gewährleistet, von dem her gibt es keinen Leistungsabbau, vielleicht ein wenig beim Komfort da und dort einen Abbau, aber vom Leistungsabbau kann man nicht reden. Budgetwirksam wird das im 2015.

Im Bereich effiziente Aufgabenerfüllung sind CHF 20'000.-- Disposition, das betrifft das Globalbudget Leben in Birsfelden, Aufgabenbereich Freizeit, Kultur und Sport. Dort hat der Gemeinderat primär mal alle Spenden und Mitgliedschaften auf Ende dieses Jahres gekündigt. Mit dem Hintergrund, dass wir gesagt haben, wenn eine Mitgliedschaft nicht einen direkten Nutzen für die Gemeinde bringt, dann macht es keinen Sinn, dass wir irgendwo Mitglied sind und uns für teures Geld dort beteiligen. Wir haben gleichzeitig den entsprechenden Stellen geschrieben, dass sie gerne die Möglichkeit haben, nächstes Jahr in Form von einem Antrag wieder auf uns zurückzukommen, aber dann würden wir sehr genau prüfen, ob das für Birsfelden notwendig ist oder eben, so neudeutsch gesagt, nice to have. Budgetwirksam wird das ab nächstem Jahr 2015.

Dann eine nächste Massnahme, Streichung Nähkurse, dort geht es um ein Pensum von 5% mit den entsprechenden Kostenreduktionswirkungen. Das betrifft das Globalbudget Leben in Birsfelden, Aufgabenbereich Freizeit, Kultur und Sport. Der Leistungsabbau ist wie die Beschreibung der Massnahme schon sagt, dass es keine bezahlten Nähkurse mehr in Birsfelden gibt. Das würde budgetwirksam werden im 2015.

Auslagerung Lava. Da haben wir eine ähnliche Thematik wie die Auslagerung der Kinderschutzmandate. Das betrifft auch Pensen von 160%, die würden aber nicht verschwinden sondern ausgelagert werden an eine Drittorganisation. Globalbudget Leben in Birsfelden, Aufgabenbereich Jugendarbeit. Absicht ist nicht, dass es einen Leistungsabbau gibt, im Gegenteil, es sollte noch besser werden und dass es budgetwirksam wird im 2015. Vielleicht kann da Regula kurz etwas dazu sagen, zu diesem Thema, wo wir da stehen.

Regula Meschberger, Gemeinderätin:

Der Gemeinderatsentscheid steht kurz bevor. Die Auslagerung ist ein Thema wo der Auftrag an den Gemeinderat ist zu prüfen, ob eine Auslagerung tatsächlich Sinn macht. Wir sind im Gespräch mit mehreren Anbietern und wir sind im Moment dran, das ganz sorgfältig zu prüfen, weil es nicht hundertprozentig sicher ist, dass es tatsächlich günstiger wird und wir uns die Folgen für die Gemeinde überlegen. Also im Moment kann ich Ihnen noch keine definitive Aussage machen, aber es wird sicher nicht in diesem Umfang schon im 2015 wirksam werden sondern eher später, wenn überhaupt. Also im Moment ist es noch offen, weil noch kein Gemeinderatsentscheid gefallen ist.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön Regula Meschberger. Nächste Massnahme Reduktion Budget Robi. Das betrifft das gleiche Globalbudget und den gleichen Aufgabenbereich, nämlich Leben in Birsfelden und Jugendarbeit. Dort würden CHF 15'000.-- eingespart dadurch, dass wir einen halben Tag pro Woche reduzieren. Budgetwirksam würde das im 2015 werden.

Dann haben wir das Thema Umstellung Objekt- auf Subjektfinanzierung im Bereich Leben in Birsfelden, familienergänzendes Angebot. Dort geht es darum, dass wir heute vom Prinzip, wo wir Objekte subventionieren, das heisst, im Bereich von der Tagesbetreuung von Kleinkindern, dass wir dort ein Tagi subventionieren, Stand heute. Wir würden gerne ins Konzept rein, wo wir Subjekte, also Bezüger subventionieren. Das heisst, in Zukunft würden Bedürftige subventioniert werden und nicht mehr Objekte, d.h. Einrichtungen, Tagis. Der Hintergrund ist der, dass die Tagi-Angebote im

Markt bestehen, dass das nicht mehr von einer Gemeinde geleistet werden muss. Der Hintergrund ist zudem auch der, dass wir denken, dass mit einer Subjektfinanzierung, also wenn es wirklich die Bedürftigen erhalten, dann auch der Sinn und Zweck besser erfüllt ist, als wenn wir heute nur einzelne Objekte subventionieren und dort wo die Kinder keinen Platz haben, die erhalten kein Geld. Entsprechend ist das heute sehr ineffizient gelöst. Leistungsreduktion nur insofern, dass wir sagen, wir würden dort auf dem Kostenstand heute, der glaube ich um die CHF 700'000.-- ist, dort CHF 70'000.-- insgesamt kürzen. Wir denken aber, dadurch dass es zielgerichteter an die wirklich Bedürftigen geht, muss man den Leistungsabbau relativieren.

Thema Verbundstrategie. Das betrifft Leben in Birsfelden, Angebot für ältere Menschen. Dort geht es um's Thema Zusammenführung von der Spitex, also der ambulanten Betreuung/Pflege mit dem Alterszentrum, mit der stationären Pflege. Da sind wir im Moment dran, gemeinsam mit diesen Institutionen Alterszentrum und Spitex zu prüfen, wie wir's gemeinsam unter einem Dach, wie es der Name sagt, Verbund, wie wir dort unsere Leistungen optimieren und allenfalls auch Einsparungen erzielen könnten. Das ist in Erarbeitung, da können wir im Verlaufe des nächsten Jahres sicher mehr sagen. Budgetwirksam würde das sehr wahrscheinlich im 2016.

Im Bereich Tagesstätte, das ist auch Betreuung im Bereich von der Pflege. Das betrifft mehrheitlich, aber nicht nur, ältere Menschen. Da sind wir ähnlich wie bei der Kleinkinderbetreuung heute so aufgestellt, dass wir primär Objekte, also Institutionen subventionieren und nicht direkt Menschen, die Bedürftigen. Auch dort wollen wir eigentlich das Konzept wechseln, so dass wir ins Gutscheinkonzept wechseln, dass die die Bedürftigkeit ausweisen können, dass die Geld erhalten und so das Angebot anders gesteuert werden kann. Wir denken auch, dass man dort über eine effizientere und effektivere Steuerung von den Mitteln nicht wirklich von einem Leistungsabbau reden muss. Wir sind dort auch an der Ausarbeitung, auch dort würde es erst im 2016 budgetwirksam.

Das Thema kommunale Beihilfe haben wir heute in Form von einer separaten Vorlage schon abgehandelt. Das wird soweit jetzt zur Umsetzung kommen.

Das Thema Weihnachtsgeld, das oftmals auch verwechselt wird mit der kommunalen Beihilfe, aber Weihnachtsgeld ist nochmal etwas anderes. Beim Thema Weihnachtsgeld geht es quasi um eine Schatulle in der Grössenordnung von CHF 20'000.--, im Globalbudget Soziales im Aufgabenbereich Sozialberatung ohne Sozialhilfe. Das Geld kam Bedürftigen, die Sozialhilfebezüger sind zugute bis jetzt; auch in Form von einer Weihnachtsgutschrift. Allerdings hat der Gemeinderat im Laufe dieses Jahres feststellen müssen, dass wir keine gesetzliche Grundlage für eine Auszahlung von so einem Weihnachtsgeld haben. Entsprechend hat dort der Gemeinderat schon während des Jahres einen Beschluss gefasst, dass das ab nächstem Jahr nicht mehr möglich ist. So eine Kasse können wir gar nicht mehr führen. Einfach zum Vergleich, bei der kommunalen Beihilfe hatten wir ein Reglement, das wir ja heute aufgelöst haben, für das Weihnachtsgeld bestand das nicht. Also in diesem Sinn fehlt auch die gesetzliche Grundlage und entsprechend wird das ab nächstem Jahr nicht mehr ausbezahlt werden.

Reduktion der Gemeindeversammlung. Da ist ja der Plan, dass wir nur noch 3 Gemeindeversammlungen durchführen. Das führt zu Einsparungen von rund CHF 10'000.--. Wenn Sie dort den Hebel ansetzen wollen, wäre das im Globalbudget Verwaltungsführung, Aufgabenbereich Verwaltungsführung. Leistungsabbau ist in Form einer Gemeindeversammlung weniger pro Jahr und würde budgetwirksam im 2015.

Der Gemeinderat kann aber wie bisher über die Ansetzung einer Gemeindeversammlung befinden. Also wenn wir das Gefühl haben es braucht eine, wir müssen eine machen, dann werden wir das auch in Zukunft machen. So wie wir in der Vergangenheit auch schon Gemeindeversammlungen ausfallen liessen. Aber neu wird einfach sein, dass eigentlich das Normalmodell mit drei Gemeindeversammlungen gefahren wird.

Der Hintergrund dort ist der, dass wir festgestellt haben, die März Gemeindeversammlungen sind oft sehr schwach auf der Brust, was die Geschäfte betrifft und entsprechend aus unserer Sicht auch verzichtbar.

Erhöhung Einnahmen Ölwehr. Sie sehen, es geht gemischt durcheinander, CHF 50'000.-- an Mehreinnahmen sind wir dort am budgetieren. Dort geht es um Dienstleistungen die die Feuerwehr Birsfelden für den Kanton vollzieht im Bereich Ölwehr im Speziellen. Also bei der Sicherheit und Feuerwehr. Dort findet keine Leistungsreduktion statt, im Gegenteil, die Feuerwehr erhöht dort ihr Dienstleistungsangebot für den Kanton und das wird entschädigt. Wir können aber quasi Netto das einstreichen, weil der Aufwand ist nur ein Bruchteil von dem, was wir zusätzlich einnehmen. Von dem her eigentlich eine nette Ertragssteigerung.

Dann gehen wir in Themen, die Liegenschaften betreffen. Verkauf/Baurecht, Parzelle 1656 Sternenfeld. Das ist eine Parzelle innerhalb vom Quartierplan Sternenfeld, die in dem Sinn keine strategische Bedeutung für die Gemeinde hat. Wir bewerten den Wert von dieser Parzelle in Form von einem Baurechtszins mit CHF 50'000.--. Wir werden da mit einer Vorlage kommen im 2015, die Richtung entweder Verkauf oder Baurecht gehen wird. Das würde dann budgetwirksam im 2015 oder evtl. 2016.

Erhöhung Einnahmen Schwimmhalle. Das ist sicher ein Thema, das seit der Ankündigung, dass wir im Bereich Schwimmhalle etwas unternehmen wollen, einiges an Emotionen hervorgerufen hat. Wir haben ja den ursprünglichen Plan im Juni dieses Jahres kommuniziert, dass wir aufgrund von dem hohen Kostenblock der Schwimmhalle vorsehen, die Schwimmhalle zu schliessen. Ab Schuljahr 2015/2016, Start 2015/2016. Wir haben dann im Nachgang zu dieser Ankündigung einige Reaktionen erhalten. Sie können sich vorstellen, natürlich nicht nur glückliche sondern primär emotionale, aber sehr viele Reaktionen auch wo Hand bieten wollten zu einer anderen Lösung als die Schliessung. Ich bin da wirklich dankbar und finde es sehr toll, dass da Seitens Bevölkerung, vor allem insbesondere Seitens Verein, sehr stark gearbeitet wurde im Vorfeld von dieser Gemeindeversammlung; in Hinsicht auf eine neue Lösungsfindung.

Die Gespräche, die seit Juni geführt wurden, haben den Gemeinderat dazu bewogen, vom ursprünglichen Plan abzusehen. Wir haben gemerkt, dass die Schwimmhalle und die Infrastruktur dort einen sehr hohen Wert darstellt. Einen Wert, den man durchaus auch kommerziell nutzen kann. Gespräche mit den heutigen Nutzern, also Verein- und Schulschwimmen haben ergeben, dass sie durchaus bereit sind, zugunsten einer Weiterführung von dieser Infrastruktur auch Kapazitäten bereitzustellen für kommerzielle Nutzungen. Kommerzielle Nutzungen sind ganz vielfältige Nutzungen, das geht von Aquafit über Schwimmen, Tauchkurse etc. Die Nachfrage nach so Kursen und die Suche für so eine Schwimminfrastruktur die ist immens in unserer Region. Sie sehen ja auch öfters eine Meldung in den Zeitungen, wo gejammert wird, dass wir quasi keine Hallenbadinfrastruktur mehr haben in der Region. Wir, der Gemeinderat wurde bestärkt, dass die Nachfrage eine Chance darstellen kann für die Infrastruktur, für das Schwimmbad und dass wir entsprechend versuchen möchten, ein neues Betriebskonzept zu installieren. Ein Betriebskonzept, das sicherstellt, dass die Schwimmhalle weiterhin nutzbar ist für die Schulen sowie für die Birsfelder Vereine. Das zu einem, wenn überhaupt, zu einem sehr tiefen Satz, im Bereich von der Schule ziemlich sicher gratis, aber für die Vereine einen sehr tiefen Satz. So dass wir nebensächlich auch Kapazitäten schaffen für kommerzielle Nutzungen, also für Anbieter, die dort Kurse anbieten und die auch verkaufen. Wir sehen dort eine Chance, dass wir einerseits ein attraktives Angebot für Birsfelden und seine Bevölkerung oder seine Schüler aufrechterhalten können, andererseits mit einer cleveren Steuerung von der kommerziellen Nutzung zu Mehreinnahmen kommen. Die Mehreinnahmen können wir heute noch nicht wirklich beziffern, wir haben mal eine Grobrechnung gemacht und das geht durchaus in Richtung 6-stelliger Betrag. Wir haben im Moment noch die CHF 300'000.-- drin, die wir ursprünglich geplant haben einzusparen.

Wir haben im Moment jemand professionelles an Bord, die im Bereich Sportinfrastrukturkonzept ausgewiesene Experten sind, die uns da unterstützen werden, bei

dieser Suche nach einem neuen Konzept. Wir werden in diesem Prozess natürlich auch auf die bestehenden Nutzer zugehen, also Vereine und Schulen. Wir werden sie einbinden und mit ihnen zusammen das neue Konzept erstellen. Das heisst also, die Schliessung von der Schwimmhalle ist für den Gemeinderat kein Diskussionspunkt mehr, zumindest jetzt nicht. Man soll ja nie Nie sagen, aber sofern das Konzept standhält, würden wir sehr gerne mit dem neuen Konzept fahren und damit auch die Schwimmhalle weiterhin aufrechterhalten. Das heisst, der ursprüngliche Plan von der Schliessung der Schwimmhalle ist so nicht mehr in Planung. (Applaus)

Das nächste Thema wieder Verkauf Baurecht, Parzelle Birsstegweg, das ist die alte Post. Dort sind wir auch in Planung, dass wir dort eine Entwicklung anstreben werden. Das ist auch nichts Neues. Wir rechnen dort mit einem jährlichen Ertrag von CHF 50'000.--. Das vor allem in Form von einem Baurecht.

Baurecht Alterszentrum. Sie sehen, da haben wir schon im Verlaufe dieses Sanierungsprozesses ein Budget gemacht. Wir haben dort mit CHF 100'000.-- gerechnet, der Wert von diesem Grundstück. Wenn wir den Vertrag so mit der Stiftung Abendrot abschliessen können wie wir's jetzt geplant haben, werden wir dort bei CHF 150'000.-- landen. Also wir werden das Budget überschreiten, das ist sicher erfreulich.

Im Bereich Immobilienstrategie Stadtentwicklungskonzept haben wir weiterhin die gut CHF 1,4 Mio. drin, mit denen wir schon immer planten. Dort drin enthalten in diesen Erträgen sind nur die Baurechtszinserträge aus den Parzellen die die Gemeinde schon heute besitzt. Das ist primär das Zentrum, das geht aber auch Richtung Werkhof, Lavaterstrasse-Immobilie, mehrere Immobilien die wir heute besitzen, die wir entwickeln wollen. Das geht in den Bereich der Gemeindeverwaltung, auch das floss in die Berechnungen ein. Dort haben wir noch keinen Grund, das zu ändern, wir rechnen weiterhin mit den CHF 1,4 Mio. Die Rückmeldungen aus dem Markt heraus bestärken uns auch, dass der Grund und Boden in Birsfelden einen sehr hohen Wert erhalten hat, insbesondere in den letzten Jahren und wir sind gewillt, da vor allem den Markt spielen zu lassen.

Im Bereich Bewirtschaftung von den Industriearealen tauchen wir in ein sehr komplexes Thema ein. Dort geht es insbesondere um Neuerträge im Bereich Hafen. Es sind dort verschiedene Aktionen oder Aktivitäten am Laufen. Einerseits politischen Druck den wir aufsetzen, den wir schon aufgesetzt haben, über den Landrat im Bereich von der Abgeltung. Was wir als Standortgemeinde an Abgeltung - für dass wir den Hafen da haben - erhalten. Das ist noch am Laufen. Die Chancen sind dort, ich sage jetzt mal eher schwierig von der Umsetzung her, aber wir werden dranbleiben, wir werden dort weiterhin Druck aufsetzen. Wir sind gleichzeitig auch zusammen mit dem Stadtentwicklungskonzept, mit dem Kanton dran, über die zukünftige Nutzung im Hafengebiet zu reden. Dort zeichnet sich ab, dass wir uns treffen werden, vor allem im Bereich Sternenfeldstrasse. Dass wir dort bald einmal mit einem Projekt kommen werden, wo wir von einer weiteren Entwicklung ausgehen, dass dort für die Gemeinde Mehrerträge anfallen würden. Das sieht im Moment positiv aus, also die Stimmungslage im Kanton ist im Moment für solche Themen gut, weil auch der Kanton ist auf Geld angewiesen und er hat ein offenes Gehör für Anliegen die Richtung Entwicklung von Gebieten geht. Nicht zuletzt geht es auch darum, dass wir für die Dienstleistungen, die wir im Hafen erbringen, die Infrastrukturdienstleistungen, also insbesondere der Strassenunterhalt, Werksunterhalt, dass wir dort eine höhere Entschädigung erhalten.

Da darf ich eine erfreuliche Nachricht mitteilen heute, dort sind wir mit den Schweizerischen Rheinhäfen in Verhandlung getreten. Die Schweizerischen Rheinhäfen werden uns ab nächstem Jahr nicht mehr CHF 30'000.-- zahlen damit wir dort die Wege und Leitungen unterhalten, sondern neu CHF 105'000.--, also CHF 75'000.-- jährlich mehr. Ich denke, das ist ein schöner Erfolg und eine positive Nachricht und wird auch jetzt für den weiteren Prozess im Hafen Signalwirkung haben. Der Kanton wird sich auch bewegen müssen, aber Sie sehen, es geht etwas. Ob wir die CHF 800'000.--

erreichen werden, ist schwierig zu sagen, auf jeden Fall versuchen wir es auf allen Kanälen.

Damit wäre ich fertig mit den Ausführungen zum Sanierungspaket. Ich komme noch ganz kurz zum Finanzausblick für unsere Gemeinde. Ich mache das wie immer im Rahmen von diesen Leitbildthemen, die wir uns in der Gemeinde geben. Das ist einerseits die Vorgabe, dass wir kein Defizit erwirtschaften pro Jahr. Wie Sie sehen, werden wir das bis im Jahr 2018 nicht einhalten, d.h. die Vorgabe ist nicht eingehalten. Allerdings ist der Trend unser Freund und der Trend zeigt nach oben, kann man sagen wenn man es positiv anschauen will; ist also teilweise erfüllt weil's nach oben geht, aber die Evidenz ist noch nicht da.

Der zweite Punkt ist der Selbstfinanzierungsgrad. Also wie viel von den Investitionen, die wir tätigen, können wir aus eigenen Mitteln finanzieren. Da sieht es auch nicht gut aus, da werden wir bis im Jahr 2019 unsere Investitionen kaum aus eigenen Mitteln finanzieren können, erst im 2019 sehen wir dort Licht am Ende vom Tunnel. Darum auch dort ein rotes Kreuz, also auch dort noch keine Entwarnung. Der Trend zeigt auch dort nach oben.

Bei der Eigenkapitalquote kann man sagen, sind wir knapp genügend, die Vorgabe die wir dort haben ist, dass das Eigenkapital einen Drittel ausmacht an den Steuererträgen unserer Gemeinde. Das sehen Sie, da erfüllen wir diese Vorlage knapp, entsprechend haben wir dort das positivste Bild. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir per Volksentscheid dieses Jahres nicht die Deckungslücke von der Pensionskasse von den Lehrern ausfinanzieren mussten. Was uns natürlich einiges an finanziellem Aufwand abgenommen hat.

Bei der Fremdkapitalquote werden wir die Zielsetzung nicht erreichen im Betrachtungszeitpunkt, da sind wir immer darüber. Die Vorgabe dort ist, wie wir einen Drittel gesagt haben bei der Eigenkapitalquote, ein Drittel von den Steuererträgen, sind wir bei der Fremdkapitalquote bei Dreiviertel vom Steuerertrag was wir uns als Grenze gesetzt haben. Das werden wir bis auf längeres hinaus nicht erreichen. Das ist dem Umstand geschuldet, dass wir, wie gesagt, mit diesen strukturellen Defiziten halt die Verschuldungsquote weiter nach oben treiben und erst im 2019 eine Stabilisierung sehen werden.

Alles in allem also immer noch ein sehr schwieriges Bild, aber der Trend – und wir denken mit diesem Sanierungspaket zeigt es sich - der Trend zeigt nach oben und das ist doch zumindest in diesem schwierigen Umfeld eine positive Mitteilung. Eine ganz kurze Konklusion, der Gemeinderat hat seine Aufgabe oder seinen Auftrag wahrgenommen. Der Auftrag, der nicht zuletzt auch von der Rechnungsprüfungskommission vor einem Jahr kam, hiess, dass der Gemeinderat der Gemeindeversammlung ein Sanierungspaket vorstellen, entwickeln soll, dass die Lösung von unserem strukturellen Defizit bringen würde.

Der Gemeinderat hat die Aufgabe sehr ernst und seriös an die Hand genommen und hat jetzt mit dem vorliegenden Budget ein Sanierungspaket vorgelegt, das eine Diskussionsgrundlage ist einerseits oder schon zur Umsetzung steht andererseits. Aber, es ist wie immer bei so Themen, ich denke, wenn man kürzen, sanieren muss, die wenigsten Themen sind positiv, es ist keine einfache Aufgabe. Die Umsetzung von dieser Sanierung ist mit grossen Risiken behaftet, es geht da um politischen Willen, das werden wir heute dann sicher zu spüren bekommen. Es geht um Herausforderungen, die die Verwaltung stemmen können muss, wir sind weniger Leute, wir haben weniger Mittel zur Verfügung, das ist nicht einfach. Wir brauchen sehr motivierte, sehr effiziente Mitarbeitende und eine gute Führung von oben. Bei den Einnahmenerhöhungen ist es natürlich auch in der Natur von der Sache, die sind sehr viel schwieriger zu planen und zu budgetieren als die Ausgabenkürzungen. Bei den Ausgabenkürzungen kann man entscheiden und dann ist es so. Bei den Einnahmenerhöhungen ist man oftmals auch auf Externe angewiesen. Dann könnte es noch sein, dass uns noch weitere Überraschungen auferlegt werden vom Bund, vom Kanton oder von

anderen Orten, ich rede da auch von der Revision vom Finanzausgleichsgesetz. Also es gibt sicher noch einiges, das auf uns zukommen wird, auf uns Gemeinden, und das wird sicher nicht nur kostenentlastend sein, sondern es wird sehr wahrscheinlich auch Elemente haben, die teurer zu stehen kommen. In diesem Sinn wären das die Ausführungen zum Budget, insbesondere auch zum Sanierungspaket und ich hoffe, die Ausführungen waren so verständlich und für Sie auch brauchbar, dass man nachher die Diskussion zielführend führen kann. Ich bitte da auch nochmal, die Diskussion sehr straff zu halten, auf den Punkt zu kommen, so dass wir auch möglichst viele Wortmeldungen natürlich und möglichst viele Anträge verarbeiten können. Ich bitte Sie auch, im Sinn von der Fairness immer bei der Sache zu bleiben und die Themen so zu bringen, wie sie auch sachlich auf dem Tisch liegen. Ich würde gerne jetzt das Wort der Rechnungsprüfungskommission übergeben.

Florian Dettwiler, Rechnungsprüfungskommission:

Dankeschön Christof. Guten Abend miteinander, ich vertrete da die Rechnungsprüfungskommission. Wir hatten dieses Jahr den Bericht als Einzelblatt aufliegen, wir haben es nicht in die Unterlagen geschafft. Aber ich hoffe, Sie hatten trotzdem die Gelegenheit, das anzuschauen. Ich fasse die wichtigsten Sachen für Sie nochmal schnell zusammen. Ich hoffe, es hat jetzt nicht zu viele Wiederholungen und wenn, dann sind sie wahrscheinlich bewusst gewählt.

So als Eckdaten kann man sagen, wir haben ein Budget vor uns mit einem Defizit von CHF 2,7 Mio. und das ist ein ziemlich ehrliches Budget, weil es keine grossen Sondereffekte beinhaltet. Es ist jetzt ein wenig schwierig, das mit dem Vorjahresbudget zu vergleichen, das haben wir gesehen. Aber es ist doch ein Schritt in die richtige Richtung und eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Budget 2014, das, bereinigt, immerhin ein Defizit von etwas mehr als CHF 4 Mio. vorgesehen hat.

Die Budgetverbesserung ist auch deshalb unbedingt nötig, weil wir wieder einen zu erwartenden Mehraufwand drin haben. Das ist im Bereich von der Bildung, bei den steigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen, das ist aber auch beim Polizeigesetz wo etwas geändert hat und dort sind einfach Sachen drin, die sicher zu höheren Kosten führen. Trotzdem haben wir ein geringeres Defizit und es ist sogar so, dass wir, wenn wir jetzt die ganze Planungsperiode anschauen und die Zahlen ein wenig beobachten, sicher bis 2019 das strukturelle Defizit abgeschafft haben sollten. Das ist jetzt einmal ein erster Schritt in die Richtung. Einer von den wichtigsten Schritten ist sicher das Sanierungspaket mit den einschneidenden Massnahmen, das haben wir von der RPK so gefordert, das ist richtig. Wir denken auch, dass das im Wesentlichen auch vom Umfang her nötig ist. Wir machen aber jetzt keine Aussage über die einzelnen Massnahmen, das ist jetzt, dank der Aufstellung die der Gemeinderat gemacht hat „was-wenn-wo-wie“ an Ihnen, dass Sie das auch noch ein wenig beurteilen und da mitdiskutieren.

Ein wesentlicher Teil vom Sanierungspaket sind auch die Mehreinnahmen und das ist etwas, das wir jetzt ein wenig optimistisch beurteilen oder zu optimistisch, das sind die fast CHF 1,4 Mio., die ab nächstes Jahr budgetrelevant sein sollten. Das ist etwas, das sich aber langsam aufbauen wird und wir hoffen, dass die Zahl erreicht werden kann. Das andere sind genau eben die Zahlen, die nicht immer in unserem Einflussbereich liegen oder im Einflussbereich von der Gemeinde. Dort hoffen wir natürlich auch, dass die sich jetzt so entwickeln, wie das der Finanzplan vorsieht. Bei den Investitionen haben wir auch gesehen, dass dort vor allem die grösseren Brocken von Sondervorlagen kommen, die wir bereits bewilligt haben. Das ist die Schulraumerweiterung und Wasser/Abwasser. Insgesamt haben wir jetzt Nettoinvestitionen von CHF 2,7 Mio. drin, das ist für's nächste Jahr so wahrscheinlich nötig, dass man die investiert in die Investitionsplanung bis 2019. Da stimmen wir aber heute nicht darüber ab, dort haben wir noch ein paar grössere Fragezeichen, insbesondere auch bei der Strassensanierung. Insgesamt aber die wichtigsten Feststellungen, die wir machen, sind dass die Globalbudgets plausibel sind, wir haben das auch mit den vielen Fragen, die wir an die Abteilung Finanzen gestellt haben, so für uns verifizieren können.

Das Sanierungspaket zeigt die wichtigsten Massnahmen jetzt auf und sollte das Defizit in den nächsten 3, 4 Jahren hoffentlich bereinigen. Wir bedanken uns wie immer

bei Tom Widmer von der Abteilung Finanzen und beim Gemeinderat für die Ausführungen und die Geduld, die sie gehabt haben um unsere Fragen zu beantworten und wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, dass unsere Inputs aufgenommen wurden zur IAFP-Überarbeitung, die wir zusammen mit der GPK gemacht haben. Also unser Anliegen war nicht, dass es einfach mehr Bilder drin hat, sondern es ist wirklich auch inhaltlich ein Mehrwert und wir hoffen, dass das in den nächsten 2, 3 Jahren dem Gemeinderat und der Verwaltung hilft, die Aufgabe so ein wenig effizienter und besser zu erfüllen. In diesem Sinn empfiehlt Ihnen die RPK das Budget eigentlich so wie es vorliegt zur Annahme. Dankeschön. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. Ich übergebe das Wort der Gemeindekommission.

Kurt Hollenstein, Gemeindekommission:

Die 14 Gemeindekommissionsmitglieder haben sich übrigens intensiv auch mit dem Budget beschäftigt. Ein Mitglied ist im Übrigen im Ausland für 2 Monate, darum hatten wir eine Abmeldung. Grundsätzlich konnte sich die Gemeindekommission mit dem, was der Gemeinderat vorschlägt, einverstanden erklären. Was ein wenig optimistisch ist, sind die Einsparungen je nach dem oder eben auch die Einnahmen, da gab es zum Teil doch recht grosse Diskussionen. Also im Einzelnen sieht das folgendermassen aus.

- Der Antrag 1 vom Gemeinderat, Die Gemeindesteuern vom 2015 betragen unverändert, war der Beschluss, die Gemeindekommission stimmt dem Antrag zu mit 13 Ja- und 1 Nein-Stimme von diesen 14 Stimmen.
- Beim Antrag 2, Globalbudget und Aufgabenbereich 2015 und dem sich ergebenden Defizit von CHF 2'731'470.-- wird zugestimmt.
Der Beschluss von der Gemeindekommission stimmt dem Antrag vom Gemeinderat zu mit 9 Ja- und 5 Nein-Stimmen.
- Beim Antrag 3, Investitionsbudget 2015 mit Nettoinvestitionen von CHF 2'705'000.-- wird auch zugestimmt. Die Gemeindekommission stimmt dem Antrag mit 11 Ja- und 3 Nein-Stimmen zu.
- Beim Antrag 4, der IAFP 2015 bis 2019 wird genehmigt.
Der Beschluss von der Gemeindekommission stimmt dem Antrag mit 9 Ja- und 5 Nein-Stimmen zu.

Und Sie haben gesehen, es gab keine Enthaltungen. Besten Dank. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Besten Dank. Für die, die ihn nicht kennen, das war der Gemeindekommissionspräsident Kurt Hollenstein, zu ihm werde ich dann noch kommen unter dem Punkt Diverses. Gut. In diesem Sinn wären wir jetzt nach diesen Ausführungen beim Eintreten. Meine Frage an Sie, ist das Eintreten bestritten? Ja, bitte sehr.

Hans Peter Moser:

Guten Abend miteinander. Ob ich es jetzt bestreite oder noch nicht bestreite, da müssen Sie jetzt noch ein wenig abwarten. Auf jeden Fall habe ich das Bedürfnis, etwas zu diesem Budget zu sagen. Und zwar, eins ist ja sicher, wir bestimmen das Geld mit unseren Steuervorlagen, also der Souverän bestimmt die Menge vom Geld, das uns zur Verfügung steht und das Geld fliesst wieder zurück zu uns in Bezug auf Lebensqualität, in Bezug auf Bildung, in Bezug auf alles Drum und Dran. Also wir sind wesentlich beteiligt auch am Bestimmen von unserer Qualität, von unserem Leben in Birsfelden. Jetzt haben wir die Situation, dass wir knapp dran sind, das ist eine altbekannte Tatsache, das ist eigentlich das Thema vom heutigen ganzen Abend. Also bin ich der Meinung, dass die Reduktionen vom Budget, resp. von den Dienstleistungen auch auf demokratischem Weg zu erfolgen sind. Wir sollten auf irgendeine Art und

Weise Stellung nehmen können zu dem was wir weniger haben nächstes Jahr oder das übernächste Jahr, was wir weniger an Komfort haben.

Am 30. Juni dieses Jahres sind uns die Vorschläge vorgestellt worden vom Gemeinderat. Gleichzeitig sind auch die Kündigungen ausgesprochen worden, resp. dort angekündigt worden und wir, also ein paar Redner, ich kann mich noch gut erinnern, haben uns vehement gegen das Vorgehen gewehrt, dass man Kündigungen ausspricht, bevor man ein Konzept entwickelt hat. Das hat sich immer wieder bewiesen und das hat sich auch jetzt in diesem Fall bewiesen, es war ein schlechtes Vorgehen. Wir haben uns dann an der Versprechung vom Gemeinderat getröstet, dass die Diskussion über Abbau von Dienstleistungen und so stattfinden kann; und zwar an der heutigen Gemeindeversammlung. Es wurde uns versprochen, dass auf diese Gemeindeversammlung hin uns auch die entsprechenden Konzepte vorgelegt werden. Wir hatten jetzt gerade vorhin von Christof Hiltmann eine sehr gute Ausführung. Das Eine war klar, das Andere war für uns neu, es waren kurze Erklärungen und wir sollten jetzt einfach sagen, jawohl, das ist gut, wir sagen ja zu diesem Budget. Ich bin der Meinung, dass wir, bevor man etwas beschliesst, wissen sollten, was das für uns in Bezug auf unser Leben in Birsfelden heisst. Es heisst, oder für mich wäre es eigentlich selbstverständlich, dass wir über klare Konzepte diskutieren könnten, bevor wir dann das Geld, resp. die Abstriche, resp. Pensenreduktionen und alles das beschliessen und bestimmen würden. Ganz klar ist, wir müssen zusammen, miteinander einen Weg aus unserer finanziellen Situation finden. Die Frage ist immer wie, wie können wir den Weg so beschreiten, dass wir alle dazu stehen können. Ich möchte, um mein Votum ein wenig zu untermalen, möchte ich nur etwa drei Sachen aus dem ganzen Katalog herausziehen, so dass Sie merken, was ich eigentlich meine.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Sie wollen einen Antrag auf Nichteintreten machen? Ich will nur fragen, weil sonst müsste ich Sie haben gesagt, Sie wissen es noch nicht am Anfang.

Hans Peter Moser:

Ja, aber ich bin langsam sicher, doch.

Also öffentliche Sicherheit, Stellenreduktion. So wie ich weiss, da kann mir vielleicht jemand vom Gemeinderat dann noch eine Antwort geben, ab nächstem Jahr muss die Gemeinde ja vom Kanton aus einen 24 Stunden Polizeidienst gewährleisten. Das neue Konzept, also wenn das so ist, betrifft das die Sicherheit von uns allen. Es wäre doch sinnvoll, wenn wir über das Konzept auch informiert würden um zu sagen, jawohl, das ist für uns gut oder wir bräuchten mehr Polizisten oder was auch immer. Es könnte ja sein, also aufgrund von einem Konzept, dass wir der Meinung sind, wir wollen mehr Sicherheit. Das ist das Eine, ich gehe nicht weiter darauf ein.

Die AHV-Dienststelle ist auch auf dieser Liste. Innert Jahresfrist ist die Stelle von 100% auf 20 Stellenprozent reduziert worden. Eine Mitarbeiterin, die 35 Jahre lange bei der Gemeinde gearbeitet hat, ist sehr stark betroffen. Die Reduktion von dieser Stelle, wenn es zu einer Reduktion kommt, betrifft die Beratung von unseren älteren Mitbürgern. Wie wichtig die ist, müsste uns mal aufgezeichnet werden. Kann man einfach verzichten auf diese Stelle oder wird die ausgelagert oder umgelagert?

Ich komme noch zu einem dritten Beispiel. Der Werkhof, Wasserversorgung im Bereich Strassenbau, Grünanlage, Friedhof und Sportanlagen werden rund 20% Stellen gestrichen. Das sind rund 4'000 bis 5'000 Arbeitsstunden. Das ist ja ein wesentlicher Eingriff in die Dienstleistung von Seiten des Werkhofs. Das ist richtig, wir müssen irgendwo sparen, aber wir dürfen auch wissen, wie gespart wird. Also es fehlt auch da ein Konzept. So fehlt das Konzept zum Lava, zur Auslagerung vom Lava, es fehlen Konzepte zu Tagesstätten, die auch auf dieser Liste sind, also es sollte doch möglich sein, solche Konzepte auszuarbeiten, die wir miteinander diskutieren können. Das muss man vorher machen, wir sollten eigentlich diese Konzepte haben und wir haben diese Konzepte nicht. Ich habe mir lange überlegt, wie man das lösen könnte, aber aufgrund von unserem Globalbudget ist es nicht möglich, dass wir die Beträge heute Abend einfach wieder zusätzlich bewilligen, diskutieren und so; das wird nicht der Fall

sein. Darum ist mein Antrag, das Budget zurückzuweisen zur Überarbeitung von diesen Konzepten und uns das nochmal vorzulegen. Dankeschön. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Herr Moser, also das war ein Nichteintretensantrag, oder? Also alles andere wäre nicht jetzt, sondern nachher zu machen, aber jetzt geht es um's Eintreten. Das war ein Nichteintretensantrag? Gut, über den stimmen wir ab.

Gut, wer dafür ist, dass wir auf dieses Geschäft nicht eintreten würden, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen?

://: Sie sind entsprechend auf das Geschäft eingetreten.

In diesem Sinn wäre die Diskussion eröffnet. Ich möchte einfach vorher nochmal festhalten, dass wir nach der Diskussion einzeln durch die Globalbudgets auf Seite 16 durchgehen, sowohl bei den Globalbudgets wie auch bei den Investitionen auf Seite 20. Und wenn Anträge kämen, müssten die dann, wenn wir die einzelnen Globalbudgets durchgehen, dort gestellt werden. Aber jetzt zuerst einmal die Diskussion, wem darf ich das Wort geben? Niemand, es gibt keine Wortmeldungen?

Dann wären wir also beim Durchkämmen vom Globalbudget. Wie ich jetzt vorhin gesagt habe, ich ging davon aus, dass es noch Diskussionen gibt, darum habe ich's vorher schon erwähnt, aber dann wiederhole ich es jetzt nochmal. Wir befinden uns also auf Seite 16 von den Erläuterungen von der Gemeindeversammlung. Wir gehen dort durch die Globalbudgets. Ich werde dort jeweils die einzelnen Globalbudgets runterlesen und wenn jemand von Ihnen zu so einem Globalbudget einen Antrag hat, dann soll er sich bitte mit Hand erheben bemerkbar machen. Ich fange oben an.

- Globalbudget Bauen und Wohnen.
Entschuldigung, habe ich nicht gesehen, ja bitte.

Patrick Rüegg:

Herr Hiltmann, Sie hatten gesagt, dass bereits da eine Stellenreduktion zur Diskussion steht, ist das richtig? Auf den vielen Folien, die Sie gezeigt haben, was alles Leistungsabbau ist.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Genau, ja. Das ist richtig.

Patrick Rüegg:

Ok, ich mache einen Versuchsballon. Mein Änderungsantrag ist, Aufnahme vom entsprechenden Betrag, dass die Stelle behalten werden kann. Eventuell muss Herr Wiedmer den Betrag abliefern, ich konnte es nicht ausrechnen, Entschuldigung.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut. Also der Antrag wäre im Bereich Gemeindeentwicklung, Liegenschaftsmanagement, dass die Pensenreduktion von 120 Stellenprozent nicht vollzogen wird. Das würde, ich bräuchte da rasch in etwa eine Angabe, wieviel das bedeuten würde, CHF 120'000.--, gut, also stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer dafür ist, dass man diese Stellenreduktion im Bereich Liegenschaftsmanagement von 120 Stellenprozent nicht ausführen soll und entsprechend wieder CHF 120'000.-- ins Budget reinnimmt, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zum Bereich Globalbudget Bauen und Wohnen? Das ist nicht der Fall.

- Dann: Leben in Birsfelden

Jawohl.

Regina Meier:

Ich beantrage, dass der Nähkurs nicht gestrichen wird und im Budget bleibt.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön. Das betrifft die Massnahme Streichung Nähkurse, 5 Stellenprozent, Kostenreduktion CHF 9'000.--. Das heisst, wenn die Streichung rückgängig gemacht werden würde, müssten neu wieder CHF 9'000.-- ins Budget rein.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit einem grossen Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zu „Leben in Birsfelden“? Ja?

Claudia Willen:

Ich weiss nicht, die KITA für die Tagesstruktur, ist das da?

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Tagesstruktur, das muss ich auch schnell spicken, immer wieder. Das ist „Leben in Birsfelden“, jawohl.

Claudia Willen:

Also ich möchte Sie einfach bitten, dass die Tagis anders finanziert werden abzulehnen, weil es geht sowieso um das Einkommen der Eltern, die zahlen. Das ist ja nicht so, dass Sie das einfach finanzieren; das Kindertagesheim finanzieren Sie ja nicht. Die Eltern bezahlen einen Beitrag, das ist ja schon einkommensabhängig, das was jetzt bezahlt wird und ich finde, Sie wollen Birsfelden attraktiv machen für Familien und das macht es eigentlich sehr unattraktiv, wenn wirklich nur die Leute mit einem sehr geringen Einkommen einen Zustupf erhalten. Verstehen Sie mich?

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Ja, ich glaube schon. Frau Regula Meschberger hat sich gemeldet und würde gerne eine Antwort geben.

Regula Meschberger, Gemeinderätin:

Ich kann Ihr Anliegen gut verstehen, aber ich muss Ihnen glaube ich kurz erklären. Im Moment haben wir ein gemeindeeigenes Tagesheim und die älteren Beiträge sind subventioniert. Das heisst, je nach Einkommen zahlt die Gemeinde etwas. Wir haben aber drei weitere Tagesheime in Birsfelden, dort zahlen die Eltern den vollen Beitrag, die erhalten keine Unterstützung. Da sagen wir, das stimmt ja nicht, eigentlich je nach Einkommen muss jede Familie eine Unterstützung erhalten. Für diese Umstellung von der sogenannten Objekt- auf Subjektfinanzierung werden wir eine Vorlage bringen, das wird da in der Gemeindeversammlung noch diskutiert werden. Eigentlich geht es uns um Gerechtigkeit. Es geht darum, dass alle, die ihrem Einkommen gemäss einen Beitrag an die Kinderbetreuung zugute haben, das auch erhalten, unabhängig davon ob Sie das Kind jetzt im gemeindeeigenen Tagesheim oder in einem andern Tagesheim betreuen lassen. Eigentlich wollen wir attraktiv werden für Familien.

Claudia Willen:

Dann möchte ich das zurückziehen. Also es hat für mich ganz anders getönt. Es tönte so, dass Sie das streichen wollen.

Regula Meschberger, Gemeinderätin:

Nein, gar nicht.

Claudia Willen:

Dann habe ich nichts gesagt.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön. Der Antrag ist zurückgezogen. Weitere Anträge im Bereich „Leben in Birsfelden“? Jawohl.

Patrick Rüegg:

Entschuldigen für meine vielen Anträge muss ich mich nicht, aber ich möchte eine Erklärung dazu abgeben. Offensichtlich braucht es ein paar Worte mehr zu diesen Stellenreduktionen. In der Juni Gemeindeversammlung hielt ich einen sehr langen Vortrag über den Paragraph 14, Verwaltungs- und Organisationsreglement. Ich weiss, die aufsichtsrechtliche Anzeige, die wir gemacht haben wurde vom Regierungsrat abgeschmettert. Gleichwohl, Paragraph 14 vom Verwaltungs- und Organisationsreglement besagt, dass der Gemeinderat im Rahmen vom Budget zuständig ist für die Schaffung und Aufhebung von Stellen - im Rahmen des Budgets. Das ist das, was wir heute machen.

Der Gemeinderat hat vorgegriffen, hat Kündigungen ausgesprochen, und wenn kein Rechtsmittel gegen die Kündigungen erhoben, eingelegt wurde, wurden die auch rechtskräftig. Die Arbeitsverträge enden Ende Januar nächstes Jahr. So, der Gemeinderat stellt uns da vor vollendete Tatsachen. Selbst wenn wir die Stellen jetzt halten würden, indem dass alle meine Änderungsanträge angenommen werden, und ich stehe jedes Mal auf und stelle Antrag, dass die Geldbeträge drin bleiben im Budget, selbst dann ist die Kündigung von diesen Leuten rechtskräftig. Wir müssten sie mit einem neuen Arbeitsvertrag wieder anstellen oder wir müssten die Stellen sogar öffentlich ausschreiben und fremde, andere Leute anstellen und die, die wir bereits hatten, sind auf der Strasse. Aber gleichwohl auch da, Herr Hiltmann und Herr Wiedmer, meine Frage da ist, das betrifft ja jetzt eben „Leben in Birsfelden“ auch den Grünunterhalt. Wie viel Stellenprozent bei IDL sind gestrichen worden und wenn Sie einen Geldbetrag nennen könnten, ist mein Änderungsantrag Aufnahme von diesem Geldbetrag ins Budget, um die Stellen zu erhalten. Weil, es ist nicht in Ordnung, dass der Gemeinderat, und das ist ein verfahrenstechnisches Problem, das ich habe, unserem Entscheid da vorgegriffen und diesen Leuten bereits gekündigt hat. Das ist nicht sauber. Merci.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, erlauben Sie mir da Herr Rüegg kurz eine Antwort zu geben. Wir haben ja diese Diskussion eben vor einem halben Jahr schon geführt, wir sind da unterschiedlicher Meinung. Ich möchte auch unsere Seite mal kurz darlegen. Wir haben das natürlich sehr genau angeschaut, was die Gesetzgebung und die Reglemente für uns für solche Fälle vorsehen. Wir sind der Meinung, wie handeln da rechtens, auch im Sinn von der Fairness und Transparenz unseren Mitarbeitenden gegenüber. Vielleicht zwei Ausführungen dazu. Wir sind zuständig für die Schaffung und Aufhebung von Stellen, d.h., die operative Durchführung von Kündigungen obliegt dem Gemeinderat. Die Schaffung von Stellen und Reduktion von Stellen bedeutet, ganz im klassischen Sinn, man stimmt darüber ab, wie viele Stellenprozent stehen für die Bewältigung der Gemeindeaufgaben zur Verfügung und wieviel Stellenprozent werden eventuell abgebaut, wieviel werden erhöht. Wenn es aber um Kündigungen geht, obliegt das dem Gemeinderat. Da ist die Frage nur noch, ist die rechtens, wurde da sauber vorgegangen. Sie haben es erwähnt, die aufsichtsrechtliche Beschwerde ist erstinstanzlich jetzt da abgelehnt worden. Ich sehe das sehr nüchtern und fair, man kann da anderer Meinung sein, wir sind der Meinung, wir haben das sehr transparent und fair gemacht.

Es gibt nämlich auch den anderen Weg. Uns war bei diesem negativen Rahmen die die Geschichte für unsere Mitarbeitenden hat, immer wichtig, dass die Leute unserer Organisation, unsere Mitarbeitenden frühzeitig wissen, trifft es uns oder trifft es uns nicht. Wir wollten das nicht abhängig machen von politischen Ränkespielen oder Diskussionen an der Gemeindeversammlung, weil da geht es um Leute, um Menschen. In der Gemeindeversammlung geht es um Stellen, das ist der Unterschied. Wir haben

das Gefühl, wir sind unseren Leuten verpflichtet, dass wir sie informieren. Es gibt auch den anderen Weg. Ich arbeite in einer Unternehmung, die angekündigt hat, dass sie jede 3. Stelle streichen wird. Aber wir wissen noch nicht, bis im Januar, wer es treffen wird. Das heisst, über die Weihnachtstage weiss der Einzelne nicht, ob es ihn trifft oder nicht. Das ist eine sehr, sehr unglückliche Situation und das wollten wir nicht für Birsfelden. Wir wollten frühzeitig reinen Wein einschenken mit dem Risiko, das haben Sie richtigerweise gesagt, dass, wenn Sie jetzt mit dem Antrag durchkommen, die Auflösung von dieser Stelle aufgehoben wird, dass wir die neu besetzen müssen. Es geht dort aber in diesem Fall, und das sagen Sie auch richtig, dann wieder um eine normale Aufstockung. Dort könnte sich eventuell die betroffene Person wieder darauf bewerben und die würde sicher dann auch angenommen werden. Aber natürlich hat sich diese Person, die schon vor einem halben Jahr mit dieser Situation konfrontiert wurde, in der Zwischenzeit natürlich auch anderweitig Gedanken gemacht, so dass diese Version auch nicht mehr ganz realistisch ist.

Wir müssen einfach klar auseinanderhalten, es geht um eine Budgetierung um Stellenprozente und auf der anderen Seite geht es um Mitarbeitende, um Menschen. Der Menschenaspekt, der Mitarbeiteraspekt müssen wir operativ verantworten, müssen wir schauen, dass wir sauber arbeiten. Sauber haben wir gearbeitet, wir haben kein Gesetz verletzt, wir haben sauber und frühzeitig informiert. Wenn Sie heute Abend Stellen wieder aufstocken wollen, dann ist das Ihre Entscheidung und den müssen wir dann so wieder ausführen. Unsere Aufgabe ist es, Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten. Das einfach als Replik zu Ihrem Vorschlag. Die Frage, die sich jetzt in den Raum stellt ist, ob Sie einverstanden wären, die gesamten Aufhebungen der Pensenreduktionen auf einmal zur Abstimmung zu bringen oder ob sie einzeln nach vorne kommen wollen Herr Rüegg.

Patrick Rüegg:

Also, wegen erstinstanzlich noch schnell. Der Regierungsrat gab uns nicht mal die Gelegenheit, diesen Entscheid mit einem Rechtsmittel zu versehen, sonst wären wir da selbstverständlich noch weiter gegangen. Der Entscheid vom Regierungsrat erwähnt auch noch eine Stimmrechtsbeschwerde, das ist in Prüfung.

Danke für Ihren Vorschlag, das habe ich mir selbstverständlich auch überlegt und würde das sehr einfach machen. Nur, wenn Sie nachher natürlich dann einen Betrag sagen, kommen wir stocken alle diese Stellen auf, nehmen wir CHF 6,5 Mio. ins Budget, dann ist logisch, dann halte ich den Stimmzettel vielleicht auch selber hoch. Aber ich versuche wenigstens nach Möglichkeit einen, zwei über die Runden zu retten. Tut mir leid.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

War nur eine Frage. Also, Ihr Antrag wäre jetzt bei „Leben in Birsfelden“, Pensenreduktion von 100% im Bereich vom Betriebsunterhalt. Das entspricht CHF 100'000.--. Der Antrag wäre, dass man diese Stellenreduktion nicht ausführen würde und dort entsprechend wieder CHF 100'000.-- ins Budget nehmen würde. Wer diesem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zum Globalbudget „Leben in Birsfelden“? Keine mehr. Dann wären wir beim Bereich Sicherheit. Keine Anträge? Im Bereich Umwelt, Ver- und Entsorgung? Jawohl, bitte sehr.

Hans Hänzi:

Ich musste feststellen, als ich das Budget durchgesehen habe drei Wochen lang, dass bei der Entsorgung von Birsfelden ein wenig gespart werden kann, zirka CHF 70'000.--. Wo ich enttäuscht gewesen bin, habe ich vernommen vor zwei, drei Tagen an einer Sitzung, dass die Firma Moser, die das Abfallwesen gemacht hat über 30 Jahre, zur Zufriedenheit der Bevölkerung von Birsfelden, den Job verloren

hat, weil eine andere Firma, die korrekt eingegeben hat, einfach den Transport von unserem Abfall billiger macht. Ich möchte jetzt einfach fragen, was da gespart wird. Es sind so zirka CHF 70'000.--. Wir hatten Rechnung letztes Jahr 2013 CHF 10'000.-- plus, wir wissen aber genau, dass nach dem Reglement vom Kanton die Gemeinde keinen Gewinn mit dem Abfallwesen machen darf.

Ich möchte jetzt fragen, was wir mit diesen CHF 70'000.-- machen, wenn wir das so umrechnen, so sagen wir jetzt mal in der Woche 6'000 Säcke mal 52, oder, das gibt rund CHF 62'000.-- ungrad, dann haben wir immer noch CHF 10'000.-- plus um irgendetwas zu kaufen oder machen. Ohne dass wir dann gerade Verlust haben. Ich finde es aber auch nicht ganz korrekt, dass man so etwas, wenn einer 30 Jahre einen Superjob gemacht hat in Birsfelden, und das Abfallwesen ist nicht einfach, dass man das nicht publik machen kann in der Gemeinde und am nächsten 1. Januar kommt einfach irgendeiner, fährt dann im Dorf umher, den kein Mensch kennt. Ich finde das nicht ganz korrekt und es kommt jeder Mist im Birsfelderli, nur etwas Gescheites kommt da nicht. Das ist einmal das Eine. (Applaus)

Ich will jetzt da nicht diskutieren über Umwelt. Ich schätze das Engagement von Herrn Wiedemann in der Umwelt sehr. Ich bin auch für die Umwelt, das bin ich 300%-ig aber ich kenne auch das Transportgewerbe und ich weiss, wie schwer das ist. Ich weiss aber jetzt, mittlerweile habe ich erfahren, wer das macht und was schade ist, die Firma Moser hat jetzt zwei Mann entlassen, die hintendrauf waren, das waren sicher keine hochschulstudierten Leute. Den Chauffeur kann er vielleicht noch behalten, wenn er Glück hat, sonst muss er diesen auch noch entlassen. Evtl. muss er auch noch den Lehrling, den er hat entlassen, das weiss ich noch nicht. Das ist eine von den einzigen Firmen, die bei uns ist, die überhaupt auf dieser Branche Lehrlinge ausbildet. Ich finde es einfach schade, ich weiss nicht, ob wir da wirklich viel gewinnen. Ich weiss nicht, ob diese zwei Mann, ich konnte mich noch nicht erkundigen, also wenn nur der Eine in Birsfelden wohnt und keinen Job mehr findet, dann haben wir dann die CHF 50'000.-- oder die CHF 60'000.--, die wir jetzt sparen, haben wir dann mit CHF 120'000.-- auf den Sozialkosten. Dort fällt es natürlich den Leuten nicht auf, weil dort werden Zahlen hin- und hergeschoben, die kein Mensch mehr versteht. Das ist eigentlich meine Frage. Können wir jetzt die Säcke 20 Rp. billiger erhalten oder bleibt das so? Das wäre meine Frage gewesen. Dankeschön. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön. Ich übergebe gerade Gemeinderatskollege Jürg Wiedemann das Wort.

Jürg Wiedemann:

Geschätzte Damen und Herren, ich kann das Anliegen sehr gut verstehen, den Prozess kann ich jetzt ein wenig erläutern, wie das dazu kam. Das kam aufgrund eines Entscheides 2012, als der Gemeinderat entschieden hat, ein Submissionsverfahren in der Abfallbeseitigung durchzuführen, weil man das seit über 10 Jahren nicht mehr gemacht hat. Das ist auch ein Prozess, der gängig ist, normal ist und dann habe ich als zuständiger Gemeinderat diesen Prozess eingeleitet, habe 2013 mit dieser Arbeit angefangen und sie 2014 beendet. Das war ein Submissionsverfahren, wo man auf der einen Seite den Preis und auch die Qualität angeschaut hat, dann hat man das ausgeschrieben und es gab dann fünf oder sechs Bewerber, die offeriert haben. Wenn man ein Submissionsverfahren ausschreibt, dann gibt es einfach so ein Punktesystem, das man macht. Das hat man sehr seriös gemacht, es war auch eine externe Firma die das überprüft hat, und dort war halt dann die Situation relativ klar, es ist doch ein Preisunterschied von knapp CHF 300'000.-- für die Jahre 2015 bis 2018. Das sind rund die CHF 70'000.--, die Sie erwähnt haben pro Jahr. Wenn man den Entscheid fällt, dass man so ein Submissionsverfahren einleitet und macht, dann gibt es keinen Spielraum mehr, dann muss man wirklich dem Sieger diese Arbeitsvergabe machen. Ich kann einfach da als Gemeinderat bestätigen, dass das sehr seriös gemacht wurde und dass halt das Resultat jetzt so herauskam, dass die Firma Saxer in Pratteln diesen Auftrag für die Jahre 2015 bis 2018 erhalten hat.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Ich möchte vielleicht da noch ergänzen in Bezug auf die Finanzaspekte. Wir werden die Gebühren natürlich, wie wir das bei diesen Spezialfinanzierungen ja vorhaben, nächstes Jahr anschauen. Der Effekt von dieser Kostenreduktion wird sich, das ist wohl kein grosses Geheimnis, ziemlich direkt auf die Gebührenhöhe auswirken. Das ist mal das Eine, also dort wird es ziemlich sicher keine Gebührenreduktion geben. Das Andere ist, wir haben dem Umstand, dass Herr Moser natürlich ein langjähriger Lieferant von uns ist und in diesem Sinn auch ein lokales Unternehmen, das darf man sagen, auch Rechnung getragen, indem wir ihn nachträglich zu einem Gespräch eingeladen haben. Wir wollten wissen, lief dieser ganze Prozess sauber ab, kann er trotz dem negativen Entscheid mit diesem Vorgehen leben und er bejahte uns dies, dass dem so ist. Er hat in diesem Sinn keinen Groll auf die Gemeinde, er sagt, es sei üblich so, dass er irgendwo gewinnt und anderswo verliert. Das ist sein Feedback. Was er erbeten hat ist, dass die Qualitätsvorgaben, die wir in der Ausschreibung als Bestandteil hatten, eingehalten werden. Da sind natürlich ungleiche Spiesse vorhanden, und das haben wir natürlich so auch versprechen dürfen. Das als Zusatzinformation. Ja?

Hans Hänzi:

Entschuldigung, dass ich mich nochmal melde. Ich glaube, Sie haben mich falsch verstanden. Ich kritisierte nicht das Verfahren von der Offerte, sondern mir geht es jetzt um die CHF 70'000.--, ob jetzt die Säcke billiger werden oder nicht. Herr Wiedemann hat das alles richtig gemacht, da gibt es gar keine Diskussion darüber. Der, der billiger ist, ist billiger. Auch wenn man kein Geschäft machen darf, wir dürfen mit dem ja gar kein Geschäft machen. Wir dürfen ja gar nichts verdienen an dieser ganzen Sache. Vermutlich irgendwo muss doch das Geld verteilt werden. Das ist das, was ich will, nicht, die Sache ist korrekt abgelaufen. Ich möchte das aber trotzdem nochmal mit Herrn Wiedemann anschauen, wie das aussieht mit diesen Offerten und wie das abläuft. Wie die Vorgaben sind an die Eingebener da, es interessiert mich einfach. Dankeschön.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Herr Hänzi, ich habe es vorher gesagt, wir werden die Gebühren revidieren und Sie können davon ausgehen, dass sie aufgrund dieser Kostenreduktion tiefer werden als bis anhin. Gut, gibt es einen konkreten Antrag jetzt zu diesem Thema? Das ist nicht der Fall. Wir wären immer noch beim Globalbudget „Umwelt, Ver- und Entsorgung“. Jawohl.

Patrick Rüegg:

Zwei Anträge, nebst dem Wasserversorgungsmensch, wo wir im Budget auch wieder seine Stellenprozente erhöhen sollten, wenn Sie das nachher auch fragen könnten, bitte?

Und wenn Sie jetzt dann noch ein, zwei Worte zum Energiestadtlabel erwähnen könnten und zwar, habe ich mir da folgende Gedanken gemacht. Was nützt der Gemeinde ein Energiestadtlabel, ich bin beim Umweltschutz im Thema Umwelt, Ver- und Entsorgung; bin ich richtig oder? Gut, ja. Energiestadtlabel, da hat man offensichtlich auch einen Betrag ins Budget aufgenommen. Da steht, Kosten zur Umsetzung des Energiestadtlabels. Ich weiss, dass das eine externe, ich nenne es jetzt mal, Firma uns da ein wenig berät und das ist sicher eine ganz tolle Sache, wenn man das das erste Mal macht. Wenn man das erste Mal so eine Beratung nimmt und die Leute uns helfen, da auf einen grünen Zweig zu kommen. Aber das Label jedes Mal zu erneuern, das ist meiner Information nach sehr teuer und wenn wir schon „on the way“ sind, dann müssen wir denen nicht nochmal ihren Aufkleber bezahlen; müssen wir nicht diese Firma unterstützen. Wir müssen jetzt anfangen zu uns zu schauen, dann können wir dort auch mal aussteigen und so weiter machen wie wir im Moment fahren. Darum, wenn Sie da den Betrag wüssten, würde ich da schon den Antrag stellen, dass wir diesen Betrag rausnehmen. Merci.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Darf ich schnell zu diesem Antrag etwas sagen, bevor Sie absitzen? Also wir haben das Thema auch angeschaut und ich kann es mal auf der finanziellen Ebene vielleicht noch kommentieren und auf der inhaltlichen Ebene Herr Wiedemann. Inhaltlich ist es so, das hat dann schlussendlich auch mich ziemlich überzeugt, dass das Energiestadtlabel dazu führt, dass wir bei Finanzinstituten günstiger Kredit aufnehmen können. Das heisst, die Kosten, die das Label verursacht werden kompensiert durch günstigere Refinanzierungen bei Finanzdienstleistern. Das ist tatsächlich so. Das Label hat auf dem Markt, wenn man Geld aufnimmt, einen ökonomischen Wert. Das hat mich zumindest mal von den Kosten her überzeugt. Aber inhaltlich, darf ich schnell einfach inhaltlich weiterleiten, was es uns bringt und wo wir da stehen.

Jürg Wiedemann:

Geschätzte Damen und Herren, also es ist in der Tat so, dass wir eigentlich finanziell eher gewinnen, weil wir das Label haben. Ich möchte aber betonen, dass es auch inhaltlich extrem wichtig ist. Sie müssen sich eigentlich vorstellen, um das Label zu erhalten müssen wir gewisse Punkte erreichen. Wir müssen gewisse Aktivitäten erzeugen und das bewirkt natürlich, dass auch die Verwaltung, ich als Gemeinderat gefordert bin, ständig zu überlegen, wie können wir uns verbessern in Energiefragen. Das ist nämlich auch ein ganz entscheidender Punkt, dass wir gewisse Projekte initiieren können, die dann wieder einerseits energiefreundlich sind und die andererseits nachher bewirken, dass wir wieder Energiesparmassnahmen erreichen. Zum Beispiel das Beleuchtungssystem LED usw. und so fort, dort gibt es ganz viele Sachen. Ich glaube, inhaltlich gewinnen wir in der Verwaltung sehr stark von dem und es kostet uns nichts. Also denke ich, wir gewinnen nur, indem wir auf dieser Linie fahren.

Patrick Rüegg:

Darf ich nochmal schnell? Herr Wiedemann, ich denke, der Ansporn, dass wir uns immer weiter verbessern und dass der Gemeinderat auch seinen eigenen Antrieb wieder findet, ist die Wiederwahl und nicht eine externe Firma, die sagt was wir machen müssen. Herr Hiltmann, hätten wir einen Betrag, was die Erneuerung von diesem Energiestadtlabel kostet, weil dann würden wir diesen Betrag in Relation setzen, was wir beim Zins, den wir bei den Darlehen abzahlen müssten, einsparen würden. Weil, Darlehen sind im Moment wirklich sehr, sehr tief.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Fürs Audit, fürs Energielabel haben wir dieses Jahr CHF 3'000.-- ausgegeben. Wir haben für die Finanzierung CHF 10'000.-- gutgesprochen. Also in dem Sinn plus gemacht. Allerdings natürlich im Zusammenhang mit dem Energiestadtlabel, hat es ja auch gewisse Projekte, die laufen, also die lösen ja teilweise auch Projekte aus. Von dort her ist von der Kostenseite her jetzt nicht abschliessend zu sagen, das sind die CHF 3'000.-- gewesen. Aber wir werden mit Bestimmtheit nicht viel mehr als CHF 10'000.-- an sonstige Projekte investieren, die auch noch einen zusätzlichen Nutzen haben. Das sind ja nur die Kosten. Es ist in diesem Sinn zu sagen, wir haben bei der Berücksichtigung von allen Informationen die wir zur Verfügung hatten, gesagt, das ist für uns ein Nullsummenspiel. Also die Einnahmen sind gleich hoch wie die Ausgaben, jährlich. Das ist etwa die Realität, die es trifft.

Patrick Rüegg:

Ok, dann glaube ich jetzt das, die Zahlen. Da bin ich offensichtlich schlecht vorbereitet, ich habe wirklich gemeint, dass die Erneuerung vom Energiestadtlabel CHF 20'000.--, CHF 30'000.-- kostet, wenn wir dann wirklich den Aufkleber, den Batch nochmals erhalten. Sorry, ich ziehe es zurück, aber wenn wir über die Stellenprozentage beim Wasserwerk noch abstimmen könnten?

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, wir wären also im Bereich „Umwelt, Ver- und Entsorgung“. Es geht um das Pensum von 100%, die wir zur Kürzung beantragt haben. Es ginge da auch wieder um CHF 100'000.-- die neu ins Budget genommen werden müssten, wenn Sie möchten,

dass diese Stelle nicht aufgehoben würde. Wer diesem Antrag von Herrn Rüegg zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit grossem Mehr und wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zum Bereich Globalbudget „Umwelt, Ver- und Entsorgung“? Keine mehr. Zum Bereich Verkehr? Jawohl, Herr Rüegg.

Patrick Rüegg:

Ich muss glaubwürdig bleiben und ich mache es gerne. Auch beim Verkehr, Herr Hiltmann, haben wir sogar mehrere Stellen. Das werden die IDL-Stellen sein. Wenn Sie da bitte die Stellenprozente zeigen und einen Betrag nennen könnten, dann stelle ich den Antrag um Aufnahme von diesem Betrag ins Budget, damit wir diese Stellen erhalten können.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Wir reden da auch wie aufgeschaltet von einer 100% Stelle im Bereich Verkehr, Verkehrsinfrastruktur. Dort geht es um ein Pensum von 100%, auch entsprechend CHF 100'000.--, die zusätzlich ins Budget aufgenommen werden müssten. Wer dem Antrag von Herrn Rüegg zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit grossem Mehr und wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zum Globalbudget Verkehr?

Zum Globalbudget Einwohnerdienste? Herr Rüegg.

Patrick Rüegg:

Auch da haben wir Stellenreduktionen. Da möchte ich aber gleichwohl noch zwei Worte verlieren und zwar komme ich auf die Öffnungszeiten zu sprechen. Das habe ich mir unter diesem Stichwort notiert. Alles das, was wir jetzt immer Nein stimmen, ich kann das im Übrigen sehr gut akzeptieren und ich danke Ihnen, dass wir das Verfahren einhalten, das finde ich super. Das hat direkte Auswirkungen auf die Öffnungszeiten und ich bringe es jetzt anstatt unter dem Diversen. Die Gemeindeverwaltung beispielsweise wird ab dem 1.1.2015 am Mittwoch für niemanden mehr telefonisch erreichbar sein; mindestens nicht garantiert. Das ist eine Schande für uns Einwohner, aber auch für auswärtige Behörden, die mit uns Kontakt aufnehmen wollen. So ziehen wir niemanden hierhin. Alle diese Stellenreduktionen haben Auswirkungen, wir haben ab nächstem Jahr 19 Stunden weniger Telefonzeit pro Woche. Am Mittwoch können Sie nicht mehr anrufen. Ich weiss, der Schalter ist offen, es hat Leute auf der Verwaltung, die den Schalter bedienen oder arbeiten, aber das Telefon bedient keiner mehr. Das ist doch verrückt. Auch da mein Antrag, wie viele Stellenprozente sind es beim Stadtbüro, wieviel Geld kostet das und die Aufnahme von diesem Betrag ins Budget ist mein Änderungsantrag.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Primär jetzt einmal bei den Einwohnerdiensten. Der erste Antrag wäre dort das 20% Pensum im Stadtbüro aufzustocken, also nicht abzubauen. Das heisst, wer dem Antrag von Herrn Rüegg folgen will, würde dort Ja stimmen und wir würden CHF 20'000.-- wieder ins Budget reinnehmen. Wer dem Antrag von Herrn Rüegg folgen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben den Antrag mit leichtem Mehr und wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Dann gibt es nochmal einen im Bereich Einwohnerdienste, AHV-Zweigstelle, minus 40% wäre da die Pensumsreduktion. Wenn Sie dem Antrag von Herrn Rüegg folgen wollen, dass dieses Pensum nicht abgebaut wird und entsprechend CHF 40'000.-- wieder ins Budget reingenommen werden, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben den Antrag mit grossem Mehr bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Gibt es sonst noch Anträge zu den Einwohnerdiensten?

Dann wären wir beim Globalbudget Soziales. Keine Anträge? Ja.

Charles Hari sen.:

Ich habe eigentlich dazu keinen Antrag, nur eine Bemerkung. Es stört mich etwas sehr gross, das Frau Schafroth gesagt hat. Es geht darum, wegen dem Lava oder allgemein Jugendliche betreuen. Sie wollen da outsourcen oder auslagern, egal wie Sie dem sagen, und in diesem Zusammenhang hörte ich den Namen KESB, mehr Zusammenarbeit mit der KESB. Bei der KESB, die kenne ich persönlich nicht, bin aber ein fleissiger Zeitungsleser und dort drin lese ich nur massiv Negatives. Wenn die KESB kommt, schaut sie in die Familien rein sagt sie, oh, diese Kinder müssen wir betreuen. Dann kostet das im Jahr bis zu CHF 700'000.--. Ich weiss, das wird kritisiert, die KESB wird auch kritisiert. Ich kenne den Gemeindepräsidenten sehr gut, da hat die KESB auch die Finger drin, seine Sozialausgaben sind in diesem Jahr ums 10-fache gestiegen und das muss ich schlussendlich als Steuerzahler bezahlen. Das will ich nicht. Ende. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Ich nehme an, Sie meinen die Massnahme „Auslagerung Kinderschutzmandat“ und nicht das Lava. Darum verweise ich auf Brigitte Schafroth.

Brigitte Schafroth:

Zur Auslagerung KESB. Da möchte ich vorgängig sagen, die Sozialhilfekosten, das müssen wir trennen. Das Eine ist die Kinder- und Erwachsenenschutzmassnahme und das Andere sind Sozialhilfekosten, die wir haben, wenn wir Bezüger haben, die aber keine Mandate sind in Form von Schutzmassnahmen. Wir haben im Vergleich zu anderen Jahren bei den Mandatsführungen nicht wirklich eine Zunahme. Ich muss es so präzisieren. Die KESB ist ein Bundesgesetz, da hatten wir keine Handhabe, wir mussten das einführen. Wir haben davor mit einer Behörde gearbeitet, die wesentlich günstiger war, das ist ganz klar, und heute mit einer KESB haben wir ausgebildete Fachkräfte. Wir haben das in der Birstal zusammengeschlossen, wir sind Birstalgemeinden, haben eine eigene KESB und die ist anders aufgestellt. Das heisst, die Mehrkosten, die wir aktuell haben in diesem Bereich ist einzig und allein durch die Infrastruktur, die Mehrkosten durch die Löhne von diesen Fachpersonen. Mandate haben wir nicht mehr erhalten. Wir haben Sozialarbeiter, die erhalten Aufträge. Wenn heute irgendwo eine Gefährdungsmeldung gemacht wird, geht das an die KESB und kommt nicht mehr auf die Gemeinde wie früher. Die KESB gibt uns dann den Auftrag, dieser Sache nachzugehen. Dann geht der Sozialarbeiter vorbei, prüft die genauen Umstände und macht einen Bericht zuhanden dieser KESB. Früher hat unser Sozialarbeiter diesen Bericht an die Vormundschaftsbehörde gemacht. Schlussendlich segnet die KESB diese Massnahme ab. Der Auftrag wird nachher wieder durch die Leute bei uns auf der Gemeinde ausgeführt.

Jetzt zur Auslagerung. Wir haben tendenziell mit Fachkräften immer Mühe gehabt, sprich es ist schwierig Leute zu rekrutieren in diesem Bereich, in der Kinderschutzmassnahme. Aufgrund dieser Aussage, dass wir das prüfen möchten zur Auslagerung, haben uns auch Leute gekündigt, was verständlich ist. Sie haben sich umgesehen und jemand ist in Pension gegangen. Wir haben jetzt eine Firma, die für uns die Aufträge übernehmen wird, was übrigens auch andere Gemeinden machen. Nur ist

das nicht in einem Submissionsverfahren abgehandelt worden wie wir's da in Birsfelden gemacht haben. Also konkret gibt es Gemeinden in Solothurn, die das schon lange ausgelagert haben. Die Arbeit ist und bleibt die gleiche. Die Massnahmen werden weiter von der KESB verordnet und das ist Bundesgesetz und diese Leute haben schlussendlich zu entscheiden, ob nachher eine Massnahme festgelegt wird oder in welchem Rahmen die festgelegt wird. Es ändert sich für uns nichts. Was ganz klar ist, die Kosten haben wir nicht im Griff aber wir haben sie auch jetzt nicht im Griff. Weil, die Massnahmen werden verordnet und wir sind die ausführende Stelle.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Darf ich noch rasch fragen, gibt es einen konkreten Antrag? Sonst würde ich beliebt machen, dass, wenn Sie ein Anliegen haben, das wir prüfen sollten, Sie es sonst in Form von einem Antrag machen. Weil, wir behandeln ja jetzt im Moment die Budgetanträge.

Charles Hari sen.:

Ich kann in diesem Sinn keinen Antrag stellen. Aber Frau Schafroth sagte, wir evaluieren wem wir die Arbeit übergeben wollen, der KESB oder, oder, wie genau weiss ich nicht. Wenn einer evaluiert, hat er zwei, drei Möglichkeiten. Das haben Sie im ersten Statement gesagt, wo wir mal durchgegangen sind.

Brigitte Schafroth:

Es ist vermutlich ein Missverständnis, da müssen Sie entschuldigen, wenn ich mich nicht klar ausgedrückt habe. Wir hatten gesagt....

Charles Hari sen.:

Ok. Moment nur schnell, dann mache ich gleich fertig. Ich möchte aber sagen, Sie sagten, wir könnten nichts machen. Wir geben denen Arbeit, aber zahlen müssen wir was die machen. Ende.

Brigitte Schafroth:

Das ist so, wenn Massnahmen verordnet werden, das war schon vorher so bei der Behörde. Vorher hat unsere eigene Vormundschaftsbehörde den Entscheid gefällt, heute ist es die KESB.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Können wir es da....

Charles Hari sen.:

Ja, aber ich möchte doch noch etwas dazu sagen. Ich hoffe nicht, dass Sie je so ausgefertigt sind mit diesen Auslagen, wie es die KESB macht. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gut, wir würden weiterfahren, immer noch im Bereich Globalbudget Soziales. Gibt es weitere Anträge zu Soziales? Das ist nicht der Fall.

Dann wären wir beim Globalbudget Bildung. Gibt es Anträge zum Globalbudget Bildung? Das ist nicht der Fall.

Dann wären wir noch beim Globalbudget Steuern. Gibt es dort Anträge?

Verwaltungsführung, Entschuldigung, habe ich vergessen. Verwaltungsführung und Querschnittsleistungen? Ja, nehmen wir mal da jemanden.

John Heldner:

Also, ich rede zu den Leuten. Wir haben dort CHF 10'000.-- für die Gemeindeversammlung zum streichen. Das heisst, Sie können sich noch erinnern, Oktober 2011, Einwohnerrat. Alle dagesessen, nein, wollen wir nicht. Jetzt, Gemeindeversammlung, nein, wollen wir nicht. Finde ich eigentlich schade, wir lassen doch einfach die vier

drauf und wenn wir nichts haben, sollen sie absagen. Das ist sicher billiger, als wenn wir jetzt sagen, wir streichen die CHF 10'000.--, machen nochmal eine Abstimmung, die Abstimmung heisst wir bleiben bei diesen vier, dann haben wir nämlich ein mehr als grösseres Defizit als die CHF 10'000.--. Das ist mal das Erste, das ich gerne wissen möchte. Also mein Antrag ist, die CHF 10'000.-- lassen wir drin, können dafür wieder mal zusammensitzen, können so wie heute Abend bis 22.30, bei drei wird es vielleicht 23.30 wenn wir Pech haben, wie gesagt, oder es gibt sogar noch eine zweite. Dann haben wir am Schluss auch vier. Also wie gesagt, darum sage ich, die CHF 10'000.-- streichen, das macht auch nicht viel aus.

Ich habe darum ein anderes Problem, wenn man nämlich schaut, da im IAFP, die die es nicht gelesen haben, der IAP CHF 25'000.-- für die GPK plus Gemeindegemeinschaft Protokollführung. Sie wollen streichen und dann muss Sie mehr arbeiten? Also, das ist für mich fast nicht logisch. Ich glaube, ich weiss nicht wie viel Sie bis jetzt verdient haben, aber wenn man eine streichen würde, dann ist die Gemeindegemeinschaft nicht da, wo man sparen könnte, wir sind nicht da und dann können wir doch schlimmstenfalls auch bei der Person, die das Protokoll schreibt, bei der Dame oder dem Herrn, sparen. Also ich sehe da etwas nicht ganz.

Und das Dritte ist, wenn Sie auch reinschauen, wenn ich spare, 2014 CHF 117'000.--, Aufwand 2015 CHF 131'000.--. Ich meinte, wenn ich CHF 117'000.-- jetzt budgetiert habe letztes Mal im 2014 und jetzt komme ich auf einmal auf mehr, obwohl ich CHF 10'000.-- spare? Mein Kässeli geht da nicht ganz auf. Ich weiss nicht, wie Sie rechnen.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Als Information. Die Sekretariatskosten waren dort bis jetzt nicht im Budget drin. Das heisst, das erste Mal jetzt im 2015 so im Budget unter Gemeindegemeinschaft. Das heisst nicht, dass sie Mehraufwand verursachen, sondern dass sie das erste Mal jetzt dort spezifisch im Budget zugeschrieben wurden. Unter dem Posten Kosten, die das Sekretariat und die Protokollführung für diese Behörde verursachen. Das Erste, der Antrag, der kommt zur Abstimmung. Ich glaube, ich habe erwähnt, was die Beweggründe vom Gemeinderat waren, und zwar, dass wir das Gefühl hatten, wir könnten jeweils auf die Märzversammlung gut verzichten und den Rest ein wenig optimieren. Aber natürlich werden wir das jetzt da zur Abstimmung bringen.

Also, wer der Meinung ist wie Herr Heldner, dass in Zukunft auch weiterhin 4 Gemeindeversammlungen ordnungshalber durchgeführt werden sollen, mit aber weiterhin natürlich Entscheidkompetenz beim Gemeinderat, dass CHF 10'000.-- wieder ins Budget reingenommen werden, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Dann weiterhin Verwaltungsführung und Querschnittsleistung. Gibt es da noch Anträge? Das ist nicht der Fall.

Globalbudget Steuern. Gibt es da Anträge? Jawohl.

Patrick Rüegg:

Auch da ist eine Stellenreduktion betroffen, 20%. Wir haben es vorher gesehen, es waren immerhin ein paar mehr, die dafür waren, dass wir diesen Betrag ins Budget aufnehmen. Ich versuch's nochmal. Danke.

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Ein eingespielter Prozess mittlerweile. Wer dem Antrag von Herrn Rüegg folgen will, dass wir im Bereich Steuern das Pensum nicht um 20% reduzieren und entsprechend wieder CHF 20'000.-- ins Budget reinnehmen, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesen Antrag mit grossem Mehr und wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Weitere Anträge zum Globalbudget Steuern? Das ist nicht der Fall.

Dann würden wir zu den Investitionen wechseln. Investitionsrechnung auf Seite 20. Dort frage ich gleich, gibt es zu den Investitionen im steuerfinanzierten Bereich, das ist das obere Kästli, Anträge?

Gibt es im Bereich Investitionen von den Spezialfinanzierungen Anträge? Das ist nicht der Fall.

Damit wären wir bei der Beschlussfassung. Die ist auf Seite 21.
Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen,

1. Die Gemeindesteuern für das Jahr 2015 betragen unverändert für
 - natürliche Personen: 62%, für
 - juristische Personen: 5% des steuerbaren Ertrages als Ertragssteuern und
 - für juristische Personen: 2,75‰ der Kapitalsteuer.

Wer dem zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Antrag mit grossem Mehr bei glaube ich keinen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen zugestimmt.

2. Allen Globalbudgets der Aufgabenbereiche 2015 und dem sich ergebenden Defizit von CHF 2'731'417.-- wird zugestimmt.

Wer dem zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Antrag grossmehrheitlich mit ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

3. Dem Investitionsbudget 2015 mit Nettoinvestitionen von CHF 2'705'000.-- wird zugestimmt.

Wer dem Antrag zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Auch diesem Antrag haben Sie grossmehrheitlich bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

4. Der IAFP 2015 – 2019 wird genehmigt.

Wer dem zustimmen will, soll das bitte mit Hand erheben bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Auch diesen Antrag haben Sie grossmehrheitlich angenommen mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

Herzlichen Dank. Damit wären wir durch das Haupttraktandum durch und wären beim Traktandum 6, bei den Mitteilungen des Gemeinderates angelangt.

6. Mitteilungen des Gemeinderates

Da habe ich von meiner Seite her nur eine Information, und zwar zum Neujahrsapéro. Das findet neu, jetzt dieses... also nächstes Jahr 2015 nicht am 1. Januar sondern am Sonntag, 4. Januar um 16.00 Uhr in der Aula Kirchmatt statt. Also nicht am 1. Januar wie in den vergangenen Jahren, sondern am 4. Januar, am Sonntag in der Aula Kirchmatt. Wir werden das natürlich auch noch in den Medien bekanntmachen und an den Anschlagsbrettern. Ich schaue zu meinen Gemeinderatskolleginnen und – kollegen, ob Sie eine Mitteilung haben. Das scheint nicht der Fall. Ich bin froh, dass wir schon so weit sind. Dann beim Traktandum 7, Anträge.

7. Anträge

Da haben wir jetzt im Verlauf des heutigen Abends einen Antrag von der SVP erhalten im Zusammenhang mit der Reduktion von den Gemeinderäten. Ich gehe davon aus der ist mittlerweile obsolet oder? Das ist so. In diesem Sinn haben wir keinen Antrag mehr hängig, den wir im Moment am bearbeiten sind oder wo reingekommen ist. Gibt es sonst noch Anträge aus Ihrer Runde? Ja?

Sven Frey:

Meine Damen und Herren, ich sagte es Eingangs schon, ich möchte mich zum Thema Budget noch melden. Ich fasse mich kurz. Vor einem Jahr stand ich da vorne, da ging es darum, dass man die Hardstrasse, unter anderem die Hardstrasse aber auch Bucherstrasse renoviert. Es betrifft den Belag, es betrifft die Leitungen und Abwasserleitungen. In Anbetracht der Finanzen, die wir haben in dieser Gemeinde, fragte ich, gibt es nebst dem Budgetbetrag, der dort genannt wurde von CHF 1,2 Mio. total, wenn ich es richtig notiert habe, auch noch eine Sparvariante.

Die zuständigen Gemeinderäte haben nicht gewusst, wie viel man eventuell sparen könnte. Und dann wurde uns einfach noch gesagt, das Altersheim ist ja dort an der Hardstrasse, denken Sie daran, wenn dort ein Wasserleitungsbruch ist, dann wäre das eine Katastrophe. Wir bekamen dann Bilder von Berlin, glaube ich, ein Schauer szenario, was passieren könnte. Ich ging dann daraufhin ins Altersheim und fragte, was bei einem Leitungsbruch passieren würde. Da hat Herr Schweizer vom technischen Dienst gesagt, tja, das kann ja überall passieren, das kann bei einem Mehrfamilienhaus auch passieren, die Situation ist genau gleich. Es würde beim Altersheim niemand sterben, wenn man zwei, drei Stunden kein Wasser hätte. Tatsache ist einfach diese, ich ging regelmässig das Bauvorhaben Hardstrasse anschauen und bin nicht der Einzige, es waren da verschiedene Leute. Wir haben uns gegenseitig abgesprochen, ich sagte, ich würde mich da melden, dann müssten Sie nicht drei, vier anhören.

Die Hardstrasse hätte man sanieren können, indem dass man einen Graben zieht, 500 m lang, vom Kreisel bis zur Gempenstrasse. Dann ersetzt man die Leitungen, man teert den Graben wieder zu und fertig. Damit wäre es abgeschlossen. Das wäre die günstige Variante, das wäre dann die Variante, die unserer Finanzlage entsprechen würde. Ich habe mich vorher nicht gemeldet bei den Budgets, weil der einzige Posten, der jetzt in diesem Zusammenhang im Budget drin steht, ist die Dinkelbergstrasse. Die Dinkelbergstrasse haben wir ja als Vorprojekt bereits schon im Oktober 2013 abgestimmt. Nochmal ganz kurz zur Hardstrasse, es ist nicht... also dieser Graben wurde gezogen, die Leitungen wurden ersetzt, dieser Graben wurde zugeschüttet und dieser Graben ist auf einer Länge von 500 m. Sie müssen sich vorstellen, 500 m mal 2 m, asphaltiert. Fixfertig asphaltiert worden, vierzehn Tage später fahren Maschinen wieder auf und haben diesen Asphalt wieder weggekratzt. Sie haben nicht nur den Asphalt wieder entfernt und recykliert, sondern sie haben auch noch gerade den Randstein entfernt und recykliert. Sie haben auch noch gerade 500 m weit alle Parkplätze abgekratzt und ersetzt. Ich kann Ihnen sagen, von diesen CHF 1,2 Mio., ganz vorsichtig geschätzt, und ich war schon in anderen Baukommissionen, hätte man problemlos CHF 300'000.--, CHF 400'000.-- sparen können. Wir sind heute in der Situation, dass wir uns keine Luxusvarianten mehr leisten können. Ich sagte vor einem Jahr, wenn ich ein altes Auto habe das dauernd kaputt geht,

dann schaue ich zuerst mal das Bankkonto an und dann kann ich entscheiden, flicke ich das, kaufe ich eine andere Occasion oder kaufe ich einen Neuwagen. Der Garagist wird mir schon sagen ein Neuwagen ist à la longue die günstigste Variante. Wir können uns die günstigste Variante nicht mehr leisten. Wir müssen Occasion fahren in Zukunft, mindestens bis 2019.

Jetzt komme ich zum Antrag. Ich stelle den Antrag, dass wir bei allen entsprechenden Investitionen, die geplant sind in der Zukunft, sprich Ulmenstrasse, Kirchstrasse, Salinenstrasse, Friedhofstrasse, Bölchenstrasse, Passwangstrasse, Bruderholzstrasse, Lavaterstrasse, Rebackerstrasse im Umfang von CHF 13 Mio. in Zukunft eine günstige Minimalvariante präsentiert erhalten. Eine Normalvariante wie das vielleicht der Gemeinderat für sinnvoll erachten würde und meinetwegen noch eine Deluxevariante. Dass man das offiziell macht, damit wir als Steuerzahler, als Stimmberechtigte nicht nur Ja oder Nein sagen können, weil wir dann das Gefühl haben, im Altersheim stirbt vielleicht jemand, sondern dass wir über zwei oder drei Beträge entscheiden können. Nur das ist Demokratie. Ich habe geschlossen, dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Dankeschön für das Aufbringen der Thematik. Ich weiss nicht ob vielleicht Herr Walter Märki noch etwas zur Hardstrasse sagen möchte. Nein, er schüttelt den Kopf. Das einzige Problem, das wir jetzt haben, die Verarbeitung von diesem Antrag. Es ist in dem Sinn kein klassischer Antrag gemäss Paragraph 68 vom Gemeindegesetz. Also ich würde es jetzt mal so formulieren. Ich glaube der stösst zumindest in der Finanzabteilung auf offene Ohren, aber ich gehe auch davon aus, auf der operativen Ebene. Das Anliegen werden wir aufnehmen, wir werden das intern zusammen mit den entsprechenden Departementen besprechen. Es geht nicht nur um den Strassenbau, sondern um die Werksleitungen. Wir werden da sicherlich in Zukunft, wenn wir mit diesen Vorlagen kommen, gegenüber heute eine Verbesserung in der Transparenz erstreben. Was ist der vorgeschlagene Weg, das vorgeschlagene Projekt, was wäre eine Alternative und wieso haben wir das gemacht. Allerdings natürlich erst ab einer gewissen Grössenordnung, nicht für jedes Projekt ab – ich sage jetzt mal – in der Grössenordnung von CHF 5'000.--. Aber bei den Grossprojekten, die wir im Strassenbau haben, dass wir dort eine Auslegeordnung machen, was auch gemacht wird, aber dass wir das transparenter darlegen würden.

Ich würde mal vorschlagen wir machen es so, dass wir das als Anregung mit einem klaren Auftrag, auch dokumentiert mit grossem Applaus, entgegengenommen haben und dass wir das im Rahmen der nächsten Gemeindeversammlung in Form einer Information wieder zurückspielen und erklären, wie wir das in Zukunft gestalten. Wäre das ein Angebot?

Sven Frey:

Dankeschön für die Antwort. Ich könnte mich dem 100%-ig anschliessen, ich ergänze nur noch, dass, wenn die zukünftigen Investitionen in der Grössenordnung von CHF 200'000.--, CHF 300'000.-- die drei Varianten, nicht angeboten werden, werde ich automatisch einen Rückweisungsantrag stellen, unmittelbar. (Applaus)

Christof Hiltmann, Gemeindepräsident:

Gibt es sonst Wortbegehren zum Traktandum Anträge? Das ist nicht der Fall, dann wären wir beim Traktandum 8, Diverses.

8. Diverses

Seitens Gemeinderat gibt es da ein Thema, das ich ganz kurz ansprechen möchte. Ich habe es schon angekündigt. Es geht da um den Präsidenten der Gemeindekommission Herrn Kurt Hollenstein. Er ist zurückgetreten, das ist heute seine letzte Gemeindeversammlung als Kommissionspräsident. Nach über 10-jähriger Tätigkeit in der Kommission und über 10-jähriger Präsidentschaft denke ich, ist das ein besonderer Applaus wert und ich übertrage die Aufgabe diese Weinflasche zu übergeben Brigitte, damit sie dich auch küssen kann. (Applaus). Herzlichen Dank Kurt.

Gut, gibt es sonst Wortbegehren zum Punkt Diverses? Das ist nicht der Fall.
Dann wären wir damit beim Ende dieser Gemeindeversammlung.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die sehr sachliche, konstruktive Diskussion, dass die Zeiten eingehalten wurden und ich denke, für das Programm, das wir heute abgewickelt haben ist 23.00 Uhr kein schlechtes Resultat. Das erlaubt uns vielleicht noch, nicht einen Frühschoppen sondern einen Nachtschoppen zu nehmen, bevor wir dann zur Ruhe gehen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine ganz schöne Adventszeit, Weihnachten natürlich auch und einen guten Rutsch. Denken Sie daran, der Apéro der Gemeinde ist am 4. Januar 2015 in der Aula Kirchmatt.

In diesem Sinn ist die Gemeindeversammlung von heute geschlossen. Besten Dank.
(Applaus)

Birsfelden, 15. Dezember 2014

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Präsident:

Der Verwalter:

Ch. Hiltmann

M. Schürmann